

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Hillringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Briefe und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Delle-Kilimanjaro-Platz 6
Druckanschrift: Capotienstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Zeilen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist, gilt als Abdruck für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 7. Februar 1930

Der verschwundene General.

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Paris, 7. Februar (Eig. Bericht)

Jährlich verschwinden in Paris etliche tausend Menschen. Spurlos! In neun- undneunzig von hundert Fällen kräht kein Hahn nach ihnen, fließt keine Zeile Journalistenblut. Diesmal ist es anders, Seit einer Woche berichten die Zeitungen täglich spaltenlang, seitenlang. Ein General ist verschwunden, der Chef der zaristischen Organisationen Frankreichs, ein Führer der ehemaligen Wrangelarmee, eine Hoffnung jener Zehntausenden von kaiserlich-russischen Anleihebesitzern, die seit Jahren keine Zinsen bekommen und kaum noch auf die Wiederkehr ihres Kapitals rechnen können. General Koutiepoff war noch so ein dünner Silberstrahl in der Nacht des russischen Bankrotts. Solch einen Schimmer spurlos entschwinden zu sehen, ist hart und unangenehm.

Kein Wunder, wenn im Lager des ehemalig französisch-zaristischen Bündnisses grosse Aufregung herrscht. Die Pariser Rechtspresse tobt und verlangt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, es toben die Boulevardblätter, und aus einem simplen Kriminalfall, der höchstens einem Sherlock Holmes die Pfeife ausgehen lassen sollte, wird eine Affaire hochpolitischen Charakters. "Der Rinnstein der Rue de Grenelle" (in der sich die Sowjetbotschaft befindet) so schreibt die Rechtspresse, "ist rot gefärbt!" Da wird von den unheimlichen Irrgärten und Katakomben in der russischen Botschaft berichtet, von den Abgesandten der Tscheka, die den General entführt und ermordet haben sollen, und bereits ist in der Kammer eine Interpellation eingereicht, die die Regierung um Rede und Antwort auffordert. Die Sowjetbotschaft erklärt in einem offiziellen Kommuniqué, sie habe mit dem Verschwinden des Generals nicht das geringste zu tun: Hilft alles nichts, "Koutiepoff, Koutiepoff" heult es morgens, mittags und abends; spaltenlang, seitenlang! Die um den verschwundenen General organisierten Russen haben einhunderttausend Francs Belohnung denen versprochen, die ihn auffinden, tot oder lebendig. Täglich Denunziationen und Verhaftungen; die Polizei verfolgt bereits mehr als 100 angegebene Spuren und Fingerzeige, Vernehmungen, Protokolle, Rätselraten, täglich melden sich Dutzende von Personen, die etwas gesehen haben wollen, zwei schildern sogar bis ins kleinste Detail, wie sich die Entführung abgespielt habe, ein grosses Pariser Blatt konstruiert wörtlich den Hergang, wie und mit welchen Worten der General in die Falle gelockt, überwältigt und abtransportiert worden sei. Natürlich spielt eine Frau die Hauptrolle, eine Frau im beigefarbenen Mantel, dazu ein falscher Polizist ein graues Auto und ein rotes, dann wieder Nachrichten, der General sei in Nizza gesehen worden, andere behaupten in der Schweiz, wieder andere hören ihn in den Kellern der Sowjetbotschaft röcheln, und die vierte Serie sieht ihn im verhängten Wagen auf dem Weg durch Deutschland nach Moskau. Die Polizei verhaftet einen Hellseher, der acht Tage vorher die Tat geträumt hatte, der von einem Blockhaus phantasiert, in der Nähe von Paris, wo der General eingesperrt sei. Allerdings, das Blockhaus kann der Träumer nicht finden! Chauff-

wisse Unsicherheitsfaktoren, sodass man ihn nicht als übertrieben pessimistisch ansehen dürfe. Keinesfalls vertrage er weitere Ausgabeerhöhungen. Auch Länder und Gemeinden befänden sich in schwieriger Lage, sodass für ihre Fehlbeträge ebenfalls gesorgt werden müsse.

Dr. Moldenhauer beschäftigte sich auch eingehend mit der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung. Durch Reform der Verwaltung seien nennenswerte Ersparnisse kaum noch zu erzielen. Eine Änderung der Gesetzgebung bringe nur ein geringes finanzielles Ergebnis, sei politisch aber sehr gefährlich, scheidet deshalb gegenwärtig aus. Zur Deckung des Fehlbetrages seien zwei Vorschläge gemacht worden: erstens die Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent und die Uebernahme des dann noch verbleibenden Fehlbetrages auf die Reichskasse, und zweitens die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch einen Kredit der Sozialversicherung, wobei das Reich die Bürgschaft zu übernehmen habe. Dieser letzte Weg erscheine ihm als der geeignete, doch liege eine Stellungnahme des Kabinetts dazu bisher nicht vor. Würde der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung auf diesem Wege gedeckt werden, und gelinge es, noch 80 Millionen an Ersparnissen zu erzielen, dann müsste der Restbetrag von 370 Millionen durch Steuererhöhungen gedeckt werden. Die von Moldenhauer dafür dem Kabinett vorgeschlagenen Möglichkeiten wurden ebenfalls eingehend dargelegt.

In der Aussprache über diese Vorschläge des Reichsfinanzministers wurde vom Zentrum dargelegt, aus welchen Ursachen Zentrum und Bayerische Volkspartei von der Erledigung der Younggesetze eine Entscheidung des Reichskabinetts und der Parteien wegen des Etats 1930 wünschen. Im Vordergrund steht dabei die Erwägung, dass nur auf diesem Wege eine echte Balancierung des Etats, die Durchführung der Schuldentilgung und der Sanierung der Kasse erreicht werden könnte. Von dem Finanzprogramm über das Jahr 1930 hinaus ist dabei nicht gesprochen worden. Der Grundgedanke der Anregung des Zentrums fand auch bei den anderen Parteien Anerkennung. Bedenken ergaben sich jedoch wegen der zeitlichen Verzögerung des Youngplanes und einer eventuellen sachlichen Rückwirkung.

In der nächsten Woche sollen die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzsachverständigen der Fraktion fortgesetzt werden.

SPD. Hamburg, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Geschäftsleitung Wasserkante der KPD stand bisher unter der Führung des Mitglieds des preussischen Landtags Grube und des Vorsitzenden der Altonaer kommunistischen Stadtverordnetenfraktion John Schehr. Beide waren besondere Schützlinge Thälmanns. Sie sind jetzt abgesetzt und durch den Reichstagsabgeordneten Vogt und den Landtagsabgeordneten Schubert ersetzt worden. Beide haben mit dem Gängeviertel-Krawall in Hamburg ihren "Befähigungsnachweis" erbracht.

SPD. Aus Kreisen der kommunistischen Opposition erfährt der "Soz. Presse-dienst", dass entgegen aller Gelassenheit und Kaltschnäuzigkeit der KPD-Presse die jüngsten Enthüllungen über die Verramschung der kommunistischen Druckereien in den Mitgliederkreisen wie eine Bombe eingeschlagen haben.

In den Parteizellen-Versammlungen werden die offiziellen Redner der kommunistischen Parteizentrale von den Mitgliedern geradezu bestürmt und um Auskunft über die Pressemitteilungen bzw. Erklärungen darüber gebeten, wer denn überhaupt das Konsortium Thälmann, Remmele, Neumann und Münzenberg ermächtigt habe, sich in die gemeldeten kompromittierenden Verhandlungen einzulassen. Die KPD-Beauftragten versuchen sich mit der Behauptung herauszureden, dass der Weddinger Parteitag dem von ihnen eingesetzten Direktorium damals eine Blanko-Vollmacht erteilt habe, alle im Interesse der Revolution und ihrer Vorbereitung dienenden Maßnahmen zu treffen. Durch die erstrebte Illegalität sei es Pflicht der Parteiführung, das Parteieigentum vor dem Zugriff des bürgerlichen Staates zu retten, und das so gewonnene Kapital für illegale Zwecke anzulegen.

Diese Verlegenheitsantworten stossen immer wieder auf grosses Misstrauen. So wurde in einer Versammlung der Referent gefragt, ob es stimmt, dass der Reichstagsabgeordnete Münzenberg persönliche Konten in der Tschechoslowakei und in der Schweiz besitze, ohne dass eine Antwort hierauf erfolgte. Dem Misstrauen der Mitgliederschaft sucht die Zentrale u.a. auch dadurch zu begegnen, dass sie an die einzelnen Bezirke Rundschreiben geschickt hat, worin die Verkaufsabsichten als ein Teil der Revolutions-Vorbereitung begründet werden. Die Exekutive sei hiervon unterrichtet.

Wie in kommunistischen Oppositionskreisen weiter verlautet, hat sich der in Deutschland seit einigen Wochen aufhaltende Kommissar zur Ueberwachung dieser "Revolutions-Vorbereitungen" nach Moskau zur Berichterstattung begeben.

Wir wiederholen: Die Behauptung der kommunistischen Parteileitung, dass das Ramschgeschäft als ein Teil der "Revolutionsvorbereitung" zu betrachten sei, ist erlogen. Die wirkliche Ursache ist der durch eine jahrelange Misswirtschaft hervorgerufene finanzielle Ruin der kommunistischen Betriebe. An die "Weltrevolution" glauben Thälmann und Münzenberg ebensowenig wie ihr Befehlshaber Stalin.

Nebenbei: Wie verträgt sich übrigens die Behauptung der kommunistischen Parteizentrale, dass der Ramsch im Sinne der "Weltrevolutions-Vorbereitung" liegt mit dem Schwindel, dass die kommunistischen Betriebe längst an den Mann gebracht und vor dem Zugriff des "bürgerlichen Staates" gesichert sind?

SPD. München, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages versuchte Ministerpräsident Dr. Held am Freitag seine Haltung im Reichsrat, wo er sich zum Haager Abkommen der Abstimmung enthalten hat, zu rechtfertigen. Er entpuppte sich dabei als absoluter Gegner des Young-Plans und machte eine Rechnung auf, deren Zahlen und Argumente im wesentlichen der Hugenberg-Agitation entnommen waren. Dass er trotzdem im Reichsrat nicht mit Nein gestimmt hat, will er damit rechtfertigen, dass ihm noch keineswegs alle Einzelheiten des Haager Abkommens bekannt seien. Immerhin deutete er auch den wahren Beweggrund seiner Stimmenthaltung an, als er erklärte, dass er mit Rücksicht auf die gefährdete Pfalz nicht mit Nein stimmen konnte. Die Pfalz, die so sehr unter der fremden Besatzung seufzte, würde es nicht verstehen - so meinte Held - wenn der verantwortliche bayerische Minister diesen Gesichtspunkt ausser Acht lasse. Er habe deshalb eine Stellung einnehmen müssen, die es ihm möglich machte, mit der Pfalz auch in Zukunft noch zu verhandeln.

Es ist also mit der merkwürdigen Tatsache zu rechnen, dass der bayerische Ministerpräsident Dr. Held nur deswegen nicht gegen das Haager Abkommen gestimmt hat, weil er fürchtete, dass er sich dann in der Pfalz nicht mehr sehen lassen kann und weiter, dass die Pfalz unter Umständen dadurch Bayern verloren gehen könnte. Die Rettung der Pfalz für Bayern überlässt er also jener Reichsregierung und jener Reichstagsmehrheit, die er sonst jederzeit mit den schäblichsten Mitteln bekämpft.

SPD. New York, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kohlenmine von Standard Ville nahe Sallake-City wurden am Freitag durch eine Kohlenstaub-Explosion 18 Bergleute getötet. 8 Arbeiter wurden verschüttet. Auch sie dürften ein Opfer ihres Berufes geworden sein.

wisse Unsicherheitsfaktoren, sodass man ihn nicht als übertrieben pessimistisch ansehen dürfe. Keinesfalls vertrage er weitere Ausgabeerhöhungen. Auch Ländern und Gemeinden befänden sich in schwieriger Lage, sodass für ihre Fehlbeträge ebenfalls gesorgt werden müsse.

Dr. Moldenhauer beschäftigte sich auch eingehend mit der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung. Durch Reform der Verwaltung seien nennenswerte Ersparnisse kaum noch zu erzielen. Eine Änderung der Gesetzgebung bringe nur ein geringes finanzielles Ergebnis, sei politisch aber sehr gefährlich, scheidet deshalb gegenwärtig aus. Zur Deckung des Fehlbetrages seien zwei Vorschläge gemacht worden: erstens die Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent und die Übernahme des dann noch verbleibenden Fehlbetrages auf die Reichskasse, und zweitens die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch einen Kredit der Sozialversicherung, wobei das Reich die Bürgschaft zu übernehmen habe. Dieser letzte Weg erscheine ihm als der geeignete, doch liege eine Stellungnahme des Kabinetts dazu bisher nicht vor. Würde der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung auf diesem Wege gedeckt werden, und gelinge es, noch 80 Millionen an Ersparnissen zu erzielen, dann müsste der Restbetrag von 370 Millionen durch Steuererhöhungen gedeckt werden. Die von Moldenhauer dafür dem Kabinett vorgeschlagenen Möglichkeiten wurden ebenfalls eingehend dargelegt.

In der Aussprache über diese Vorschläge des Reichsfinanzministers wurde vom Zentrum dargelegt, aus welchen Ursachen Zentrum und Bayerische Volkspartei vor der Erledigung der Younggesetze eine Entscheidung des Reichskabinetts und der Parteien wegen des Etats 1930 wünschen. Im Vordergrund steht dabei die Erwägung, dass nur auf diesem Wege eine echte Balancierung des Etats, die Durchführung der Schuldentilgung und der Sanierung der Kasse erreicht werden könnte. Von dem Finanzprogramm über das Jahr 1930 hinaus ist dabei nicht gesprochen worden. Der Grundgedanke der Anregung des Zentrums fand auch bei den anderen Parteien Anerkennung. Bedenken ergaben sich jedoch wegen der zeitlichen Verzögerung des Youngplanes und einer eventuellen sachlichen Rückwirkung.

In der nächsten Woche sollen die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzsachverständigen der Fraktion fortgesetzt werden.

SPD. Hamburg, 7. Februar (Eig. Drahtb)

Die Geschäftsleitung Wasserkante der KPD stand bisher unter der Führung des Mitglieds des preussischen Landtags Grube und des Vorsitzenden der Altonaer kommunistischen Stadtverordnetenfraktion John Schehr. Beide waren besondere Schützlinge Thälmanns. Sie sind jetzt abgesetzt und durch den Reichstagsabgeordneten Vogt und den Landtagsabgeordneten Schubert ersetzt worden. Beide haben mit dem Gängeviertel-Krawall in Hamburg ihren "Befähigungsnachweis" erbracht.

SPD. Aus Kreisen der kommunistischen Opposition erfährt der "Soz. Presse-dienst", dass entgegen aller Gelassenheit und Kaltschnäuzigkeit der KPD-Presse die jüngsten Enthüllungen über die Verramschung der kommunistischen Druckereien in den Mitgliederkreisen wie eine Bombe eingeschlagen haben.

In den Parteizellen-Versammlungen werden die offiziellen Redner der kommunistischen Parteizentrale von den Mitgliedern geradezu bestürmt und um Auskunft über die Pressemitteilungen bzw. Erklärungen darüber gebeten, wer denn überhaupt das Konsortium Thälmann, Remmele, Neumann und Münzenberg ermächtigt habe, sich in die gemeldeten kompromittierenden Verhandlungen einzulassen. Die KPD-Beauftragten versuchen sich mit der Behauptung herauszureden, dass der Weddinger Parteitag dem von ihnen eingesetzten Direktorium damals eine Blanko-Vollmacht erteilt habe, alle im Interesse der Revolution und ihrer Vorbereitung dienenden Maßnahmen zu treffen. Durch die erstrebte Illegalität sei es Pflicht der Parteiführung, das Parteieigentum vor dem Zugriff des bürgerlichen Staates zu retten, und das so gewonnene Kapital für illegale Zwecke anzulegen.

Diese Verlegenheitsantworten stossen immer wieder auf grosses Misstrauen. So wurde in einer Versammlung der Referent gefragt, ob es stimmt, dass der Reichsagsabgeordnete Münzenberg persönliche Konten in der Tschechoslowakei und in der Schweiz besitze, ohne dass eine Antwort hierauf erfolgte. Dem Misstrauen der Mitgliederschaft sucht die Zentrale u.a. auch dadurch zu begegnen, dass sie an die einzelnen Bezirke Rundschreiben geschickt hat, worin die Verkaufsabsichten als ein Teil der Revolutions-Vorbereitung begründet werden. Die Exekutive sei hiervon unterrichtet.

Wie in kommunistischen Oppositionskreisen weiter verlautet, hat sich der in Deutschland seit einigen Wochen aufhaltende Kommissar zur Ueberwachung dieser "Revolutions-Vorbereitungen" nach Moskau zur Berichterstattung begeben.

Wir wiederholen: Die Behauptung der kommunistischen Parteileitung, dass das Ramschgeschäft als ein Teil der "Revolutionsvorbereitung" zu betrachten sei, ist erlogen. Die wirkliche Ursache ist der durch eine jahrelange Misswirtschaft hervorgerufene finanzielle Ruin der kommunistischen Betriebe. An die "Weltrevolution" glauben Thälmann und Münzenberg ebensowenig wie ihr Befehlshaber Stalin.

Nebenbei: Wie verträgt sich übrigens die Behauptung der kommunistischen Parteizentrale, dass der Ramsch im Sinne der "Weltrevolutions-Vorbereitung" liegt mit dem Schwindel, dass die kommunistischen Betriebe längst an den Mann gebracht und vor dem Zugriff des "bürgerlichen Staates" gesichert sind?

SPD. München, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages versuchte Ministerpräsident Dr. Held am Freitag seine Haltung im Reichsrat, wo er sich zum Haager Abkommen der Abstimmung enthalten hat, zu rechtfertigen. Er entpuppte sich dabei als absoluter Gegner des Young-Plans und machte eine Rechnung auf, deren Zahlen und Argumente im wesentlichen der Hugenberg-Agitation entnommen waren. Dass er trotzdem im Reichsrat nicht mit Nein gestimmt hat, will er damit rechtfertigen, dass ihm noch keineswegs alle Einzelheiten des Haager Abkommens bekannt seien. Immerhin deutete er auch den wahren Beweggrund seiner Stimmenthaltung an, als er erklärte, dass er mit Rücksicht auf die gefährdete Pfalz nicht mit Nein stimmen konnte. Die Pfalz, die so sehr unter der fremden Besatzung leidet, würde es nicht verstehen - so meinte Held - wenn der verantwortliche bayerische Minister diesen Gesichtspunkt ausser Acht lasse. Er habe deshalb eine Stellung einnehmen müssen, die es ihm möglich machte, mit der Pfalz auch in Zukunft noch zu verhandeln.

Es ist also mit der merkwürdigen Tatsache zu rechnen, dass der bayerische Ministerpräsident Dr. Held nur deswegen nicht gegen das Haager Abkommen gestimmt hat, weil er fürchtete, dass er sich dann in der Pfalz nicht mehr sehen lassen kann und weiter, dass die Pfalz unter Umständen dadurch Bayern verloren gehen könnte. Die Rettung der Pfalz für Bayern überlässt er also jener Reichsregierung und jener Reichstagsmehrheit, die er sonst jederzeit mit den schäblichsten Mitteln bekämpft.

SPD. New York, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kohlenmine von Standard Ville nahe Sallake-City wurden am Freitag durch eine Kohlenstaub-Explosion 18 Bergleute getötet. 8 Arbeiter wurden verschüttet. Auch sie dürften ein Opfer ihres Berufes geworden sein.

SPD. Hamburg, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten sind eifrig bemüht, die Enthüllung über den beabsichtigten Ankauf der Leiche des bei den Hamburger Unruhen erschossenen 16 jährigen jungen Menschen als "Fälschung und Lüge" hinzustellen. An sich besagen diese kommunistischen Bestrebungen nichts gegen die Echtheit der Enthüllung; denn dass die kommunistische Presse ebenso verlogen ist wie die Zentralleitung der KPD weiss heute jeder denkende Mensch. Es gibt nichts, was sie nicht bestreiten, verdrehen oder in das Gegenteil verkehren. In dem Hamburger Fall sind die kommunistischen "Fälscher und Lügner" schneller als sie dachten der Unwahrheit überführt worden. Der Vater und Grossvater des erschossenen Jungen haben die Lügen der KPD selbst niedriger gehängt durch einen Brief an die Sozialdemokratische Partei. Der Brief lautet :

"Hamburg, 6. Februar 1930.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei,
Landesorganisation Hamburg,

H a m b u r g .

Sehr geehrter Herr !

Heute Abend brachte mir ein Sohn die "Hamburger Volkszeitung" (KPD) mit dem Bericht über die Verhandlungen der Bürgerschaft von gestern Abend. Wir beide waren empört, dass der Redner der kommunistischen Partei und die Volkszeitung in ihren Berichten abstreiten, dass die von mir mitgeteilten Vorgänge unwahr seien. Demgegenüber stelle ich fest, dass die von Herrn Ehrenteit in der Bürgerschaft vorgetragene Behauptungen in allen Einzelheiten den Tatsachen entsprechen. Als uns bekannt geworden war, dass mein Enkel durch den Unglücksfall ums Leben gekommen sei, begab ich mich am Sonnabend den 1. Februar in das Lokal "Holsteinisches Haus" in den Kohlhöfen. Ich erkundigte mich dort nach dem Tode meines Enkels und stellte mich dabei als Grossvater vor. Nun wurden mir zwei Herren zugeführt, gut angezogen und mit weisser Wäsche, von denen ich annehmen musste, dass diese in der Leitung der kommunistischen Partei seien. Der Name wurde mir nicht gesagt. Ich fragte sie, ob ich erfahren könnte, wie die Einzelheiten beim Tode meines Enkels vor sich gegangen wären. Sie antworteten darauf, natürlich wüssten sie sie. Sie hätten aber vorläufig keine Veranlassung, sie mir mitzuteilen. Sie hätten photographische Aufnahmen sowohl von dem Beamten gemacht, der den Schuss abgegeben hat als auch die Stelle photographiert, wo mein Enkel lag.

Sie seien bereit, mir die Einzelheiten mitzuteilen, wenn ich mich bereit erkläre die schriftliche Zustimmung der Eltern herbeizuführen, dass die Kommunistische Partei die Bestattung vornehmen könne. Da sie annehmen könnten, dass es uns in materieller Beziehung nicht gut gehe, käme es ihnen für diesen Fall auch auf ein paar tausend Mark gar nicht an. Darauf erwiderte ich den beiden Unterhändlern, dass ich mich auf solche Vorschläge unter keinen Umständen einlassen könne.

Ich bestätige Ihnen den Hergang noch einmal ausdrücklich, weil sowohl ich als auch mein Sohn und die Familie auf das äusserste empört sind, dass man uns auch noch vorwerfen will, wir hätten bei der Darstellung der traurigen Vorgänge gelogen und wenn man uns zehntausend Mark angeboten hätte, nie hätten wir uns dazu hergegeben den bedauerlichen und unvermutheten Tod unseres Jungen auch noch politisch ausnutzen zu lassen. Wir verabscheuen diese Gebaren erst solchen Unglücksfall herbeizuführen und dann durch Ableugnen von Vorgängen den Versuch zu machen, die Leidtragenden auch noch zu beschimpfen. Darum haben wir auch die Polizei gebeten, uns den Besuch der kommunistischen Partei bei der Bestattung unseres Jungen vom Friedhof fernzuhalten.

Hochachtungsvoll
gez. Unterschriften."

Der Brief spricht für sich: er enthüllt nochmals die ganze Schamlosigkeit der kommunistischen Führung.

SPD. Die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei halten an ihrem Verlangen fest, nach dem vor der endgültigen Erledigung der Young-Vorlagen diejenigen Gesetze verabschiedet werden sollen, durch die man die Deckung des Defizits im Haushalt 1930 erreichen will. Es würde sich dabei um die Etatisierung der Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und um die Steuererhöhungen handeln. Die beiden Parteien weisen auf den engen Zusammenhang zwischen der Durchführung des Young-Plans und der Bereinigung der Reichsfinanzen hin. Man dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, dass Deutschland, weil seine Finanzen nicht in Ordnung gebracht seien, möglicherweise schon im ersten Jahr genötigt wäre, ein Moratorium zu machen. Ausserdem müsse man das Eisen schmieden solange es heiss sei, denn wären erst die Young-Gesetze unter Dach gebracht, so werde möglicherweise der Eifer der Parteien auf dem Gebiete der Finanz- und Steuerreform nachlassen.

Rein grundsätzlich gesehen hat die Auffassung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sicher manches für sich, und auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus könnten wir nur wünschen, dass vor dem Inkrafttreten des Young-Plans Klarheit über die Verteilung der Lasten geschaffen werde. Praktisch aber stehen der Verwirklichung dieser Verkopplungsidee eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Der berechtigte Wunsch der Regierung läuft auf eine möglichst schnelle Beendigung der Young-Debatte hinaus. Erst wenn Deutschland ratifiziert hat, wird Frankreich die parlamentarische Behandlung des Haager Planes vornehmen. Verzögern wir die Ratifizierung, so entsteht ein Zustand der Unsicherheit, und diese Unsicherheit kann sich unter Umständen auch auf den Termin für die Räumung der besetzten Gebiete erstrecken.

Die Dinge wären sehr einfach, wenn über die Art der Beseitigung des Defizits Einigkeit unter den Regierungsparteien bestände. Davon sind wir aber um so weiter entfernt, als einstweilen, wie sich auch aus der Parteiführerbesprechung am Freitag ergeben hat, im Kabinett selbst noch starke Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg vorhanden sind. Dort und unter den Fraktionen eine Verständigung herbeizuführen, wird nicht geringer Mühe bedürfen. Und wie nun wenn es überhaupt nicht zu einer Einigung käme, und auch mit dieser Möglichkeit muss gerechnet werden - aus den gegensätzlichen Auffassungen eine Regierungskrisis entstände. Dann wäre eine ausserordentlich gefährliche Situation geschaffen und vor allem der Young-Plan selbst auf die schwerste bedroht. Seine Gegner würden alle Minen springen lassen, und es ist kaum abzusehen, wie eine Regierung gebildet werden sollte, die sowohl auf dem ausserpolitischen wie auf dem steuerpolitischen Gebiete eine gemeinsame Linie fände.

Alle Regierungsparteien sind darin einig, dass man ohne Säumen an die Finanzprobleme herangehen und sie mit grösster Beschleunigung einer Lösung zuführen sollte. Aber diese Lösung von vornherein zur Bedingung für die Verabschiedung der Young-Gesetze zu machen, erscheint nicht nur den drei anderen Regierungsparteien, sondern auch, wie sich ebenfalls bei der Parteiführerbesprechung am Freitag herausstellte, der Mehrheit der Minister äusserst bedenklich. Es darf daher wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass das Zentrum seine Forderung nicht in ihrer bisherigen Starrheit aufrecht erhält.

SPD. Stuttgart, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Zentrumsabgeordnete des württembergischen Landtags und Präsident der Landesversicherungsanstalt Württemberg André erlässt in der Freitag-Ausgabe des Stuttgarter Zentrums-Organs unter der Überschrift: "Hände weg von der Sozialversicherung" einen Protest gegen die Absicht des Reichsfinanzministers Moldenhauer, das Defizit der Arbeitslosenversicherung durch eine Art Zwangsanleihe bei der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu decken und den Reichsetat dadurch zu entlasten. André lehnt es mit Entschiedenheit ab, dass

die auf auf der gesamten deutschen Wirtschaft ruhende Last der Arbeitslosenversicherung künftig allein von der versicherungspflichtigen Bevölkerung getragen werden soll. Ein solcher Weg müsse zur Zerschlagung und zum Zusammenbruch der Sozialversicherung überhaupt führen. Bei dem Ziele, die Soziallast in ein gesundes Verhältnis zur Wirtschaft zu setzen, dürfe nicht übersehen werden, dass die Sozialversicherung schwere und indirekte Kriegslasten mit zu tragen habe und ihr Vermögen durch die Inflation eingebüsst habe, sowie die Kaufkraft der Mark nicht der der Vorkriegszeit entsprechen.

Eingehend und ziffernmässig weist André nach, dass der Vermögensstand der Sozialversicherungsträger nicht einmal ausreiche, um die notwendige Sicherheit für die Fortgewährung der jetzigen Leistungen zu garantieren. Die Jahre 1920 bis 1933 seien noch Überschussjahre der Versicherungsanstalten, dann aber werde infolge raschen Anwachsens der Rentenlast die Defizitwirtschaft beginnen, sodass die Versicherungsanstalten auf ihren Vermögensbestand weitgehend angewiesen sein würden. Wenn also die vorhandenen oder bis 1933 zu erwartenden Überschüsse für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen würden, so wären von 1934 ab die Mittel für die Rentenzahlungen nicht mehr vorhanden, was den Bankrott der Invalidenversicherung bedeute. Ähnlich würden die Dinge bei der Angestelltenversicherung liegen. Die Wegnahme der Rücklagen der Sozialversicherungsträger wäre ein gesetzgeberischer Gewaltstreich, den die Versicherten nicht zulassen dürften.

André stellt zusammenfassend fest, dass der Versuch, die sozialen Versicherungsträger zur Tragung des Risikos der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, die Politik eines Bankrotteurs sei. Er schliesst - aufgeregt wie immer - mit den Worten: "Die Parteien, die einer solchen Politik zustimmen, sind für den Abbruch reif."

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat am Freitag die Beratungen über das Berufsausbildungsgesetz aufgenommen.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums gab zunächst einen Bericht über die Entstehung des Gesetzes, das ursprünglich nur als Lehrlingsgesetz gedacht war, heute aber auch die jugendliche Arbeit erfasst. Der Geltungsbereich erstreckt sich grundsätzlich auf alle Lehrlinge und Jugendliche mit Ausnahme der Landwirtschaft. Es ist vorgesehen Lehrlingshöchstzahlen festzusetzen. Der Lohnabzug für die Zeit des Schulbesuches soll in Wegfall kommen. Es wird weiterhin umgrenzt, welche Betriebe als Lehrbetriebe anerkannt werden. In dem Abschnitt Lehrvertrag wird auch dietarifvertragliche Regelung zugelassen. In den Bestimmungen über das Prüfungswesen beschränkt sich die obligatorische Regelung auf das Handwerk. Als Träger sind in dem neuen Gesetz die bestehenden Handwerks- und Handelskammern vorgesehen. Sie sollen jedoch ergänzt werden durch paritätische Ausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abg. Tarnow (Soz) erklärt, dass seine Partei dem Grundgedanken des Gesetzesentwurfes zustimme und in seiner Vorlegung das Ergebnis langjähriger gewerkschaftlicher Vorarbeit erblickt. Gegen die vorgesehene Trägerschaft durch die einseitig mit Unternehmern besetzten Berufskammern müssten Bedenken geltend gemacht werden. Schon die Teilung der Durchführung an die Handwerks- und die Handelskammern bringe eine Zersplitterung. Die Änderung des heutigen Berufsausbildungswesens sei nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem im Hinblick auf die soziale Entwicklung notwendig. Das alte patriarchalische Lehrverhältnis sei überholt. Der Gesetzesentwurf erkenne zwar an, dass der Lehrvertrag kollektiv geregelt werden könne, es sei aber fraglich, ob der vorgesehene Mechanismus dieses Gesetzes für die Durchführung dieser Aufgabe ausreicht. Die im Geltungsbereich vorgesehenen Ausnahmen, insbesondere die Ausschaltung der Landwirtschaft könnten von der Sozialdemokratie nicht anerkannt werden. Von entscheidender Bedeutung für die Stellung der SPD werde es

die auf der gesamten deutschen Wirtschaft ruhende Last der Arbeitslosenversicherung künftig allein von der versicherungspflichtigen Bevölkerung getragen werden soll. Ein solcher Weg müsse zur Zerschlagung und zum Zusammenbruch der Sozialversicherung überhaupt führen. Bei dem Ziele, die Soziallast in ein gesundes Verhältnis zur Wirtschaft zu setzen, dürfe nicht übersehen werden, dass die Sozialversicherung schwere und indirekte Kriegslasten mit zu tragen habe und ihr Vermögen durch die Inflation eingebüsst habe, sowie die Kaufkraft der Mark nicht der der Vorkriegszeit entspreche.

Eingehend und ziffernmässig weist André nach, dass der Vermögensstand der Sozialversicherungsträger nicht einmal ausreiche, um die notwendige Sicherheit für die Fortgewährung der jetzigen Leistungen zu garantieren. Die Jahre 1926 bis 1933 seien noch Überschussjahre der Versicherungsanstalten, dann aber werde infolge raschen Anwachsens der Rentenlast die Defizitwirtschaft beginnen, sodass die Versicherungsanstalten auf ihren Vermögensbestand weitgehend angewiesen sein würden. Wenn also die vorhandenen oder bis 1933 zu erwartenden Überschüsse für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen würden, so wären von 1934 ab die Mittel für die Rentenzahlungen nicht mehr vorhanden, was den Bankrott der Invalidenversicherung bedeute. Ähnlich würden die Dinge bei der Angestelltenversicherung liegen. Die Wegnahme der Rücklagen der Sozialversicherungsträger wäre ein gesetzgeberischer Gewaltstreich, den die Versicherten nicht zulassen dürften.

André stellt zusammenfassend fest, dass der Versuch, die sozialen Versicherungsträger zur Tragung des Risikos der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, die Politik eines Bankrotteurs sei. Er schliesst - aufgeregt wie immer - mit den Worten: "Die Parteien, die einer solchen Politik zustimmen, sind für den Abbruch reif."

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat am Freitag die Beratungen über das Berufsausbildungsgesetz aufgenommen.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums gab zunächst einen Bericht über die Entstehung des Gesetzes, das ursprünglich nur als Lehrlingsgesetz gedacht war, heute aber auch die jugendliche Arbeit erfasst. Der Geltungsbereich erstreckt sich grundsätzlich auf alle Lehrlinge und Jugendliche mit Ausnahme der Landwirtschaft. Es ist vorgesehen Lehrlingshöchstzahlen festzusetzen. Der Lohnabzug für die Zeit des Schulbesuches soll in Wegfall kommen. Es wird weiterhin umgrenzt, welche Betriebe als Lehrbetriebe anerkannt werden. In dem Abschnitt Lehrvertrag wird auch dietarifvertragliche Regelung zugelassen. In den Bestimmungen über das Prüfungswesen beschränkt sich die obligatorische Regelung auf das Handwerk. Als Träger sind in dem neuen Gesetz die bestehenden Handwerks- und Handelskammern vorgesehen. Sie sollen jedoch ergänzt werden durch paritätische Ausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abg. Tarnow (Soz) erklärt, dass seine Partei dem Grundgedanken des Gesetzesentwurfes zustimme und in seiner Vorlegung das Ergebnis langjähriger gewerkschaftlicher Vorarbeit erblickt. Gegen die vorgesehene Trägerschaft durch die einseitig mit Unternehmern besetzten Berufskammern müssten Bedenken geltend gemacht werden. Schon die Teilung der Durchführung an die Handwerks- und die Handelskammern bringe eine Zersplitterung. Die Änderung des heutigen Berufsausbildungswesens sei nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem im Hinblick auf die soziale Entwicklung notwendig. Das alte patriarchalische Lehrverhältnis sei überholt. Der Gesetzesentwurf erkenne zwar an, dass der Lehrvertrag kollektiv geregelt werden könne, es sei aber fraglich, ob der vorgesehene Mechanismus dieses Gesetzes für die Durchführung dieser Aufgabe ausreicht. Die im Geltungsbereich vorgesehenen Ausnahmen, insbesondere die Ausschaltung der Landwirtschaft könnten von der Sozialdemokratie nicht anerkannt werden. Von entscheidender Bedeutung für die Stellung der SPD werde es

sein müssen, dass die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer auch wirklich gesichert werde. Die Befugnisse der paritätischen Ausschüsse seien gefährdet, indem die Geschäftsführung, also die Durchführung der Beschlüsse, in die Handels- und Handwerkskammern verlegt werde. Die Sozialdemokratische Fraktion werde in ihren Anträgen zu den einzelnen Paragraphen Sicherungen treffen, um eine einseitige Durchführung der Berufsausbildung im Sinne der Arbeitnehmer zu verhindern.

Abg. Thiel (D.V.) hält es für notwendig, dass auch die Abiturienten, die nach dem 18. Lebensjahr in die Lehre eintreten, ebenfalls dem Gesetz unterstellt werden. - Weiterberatung Sonnabend.

SPD. Ingolstadt, 7. Februar (Eig. Drahtb.)
Vor dem hiesigen Amtsgericht holte sich der Führer der nationalsozialistischen Putschisten, Herr Hitler, eine schwere Schlappe, indem der von ihm wegen Beleidigung verklagte Führer des Ingolstädter Reichsbanners, Steuersekretär Strobel, freigesprochen wurde. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Putschisten Hitler aufgebürdet.

Hitler sah sich zu der Klage veranlasst auf Grund von Äusserungen Ströbels über die Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei und das Verhalten Hitlers während des Münchener Putsches. Der Beklagte hatte in einer öffentlichen Versammlung u.a. ausgeführt: "Während wir im Lande mit unseren Papierfetzen aubezahlt werden, zahlt Herr Hitler seinen Stab mit Devisen aus, und dass Sie wissen, was Devisen sind - das sind Schweizer Franken, holländische Gulden und amerikanische Dollar.... Bei dem Münchener Putsch warf Hitler sich bei der Ankunft der Reichswehr auf den Boden und flüchtete später in dem bereitstehenden Benz-Wagen in die Villa der Frau Hanfstengel, wo er, Hitler, am nächsten Morgen vom Bett heraus verhaftet wurde. Hitler hätte nicht fliehen dürfen. Am Abend des 9. November 1923 war wie er auch von den übrigen Führern niemand mehr da. Wenn mir (Strobel) das passieren würde, so würde ich die Konsequenzen ziehen und vom politischen Boden ein für allemal verschwinden."

In der Urteilsbegründung heisst es u.a.: "Die Äusserung bezüglich der Führereignung Hitlers ist ein Werturteil. Ob das berechtigt ist oder nicht, eine Beleidigung ist darin nicht zu erblicken. Die Frage, ob die Erwähnung der Grossindustrials Geldgeber eine Beleidigung ist, wird dahin beantwortet, dass sich die Tatsache wirklich ergeben hat, dass Gelder von Industriellen oder Arbeitgebern eingegangen sind. Z.B. bezeugte das auch Hitlers Privatsekretär Hess, wenn er auch aussagte, dass dies nicht in grösserem Masstabe der Fall war. Es ist von dem Beklagten schliesslich noch betont worden, dass der Stab Hitlers mit Devisen bezahlt worden ist. Die Privatklage will daraus eine Beleidigung konstruieren. Abgesehen davon, dass diese Devisen nicht auf ganz legalen Wege hergekommen sein können, war der Vorwurf, dieses Geld angenommen zu haben, nicht speziell auf Hitler gemünzt."

SPD. Die Druckereien und anderen Wirtschaftsbeurteile der KPD sind so heruntergewirtschaftet, dass die kommunistische Parteileitung dem Zwang und nicht dem eigenen Triebe folgend, sich zu der Verramschung des kommunistischen Parteeigentums entschlossen hat. Die kommunistischen Druckereien, ob in Berlin oder wo sonst, wissen vor Schulden nicht ein noch aus und wenn auf die KPD schliesslich nicht doch noch ein Bankier hereinfällt, dürften die kommunistischen Betriebe über kurz oder lang vor dem Konkurs stehen. Das sind Tatsachen, die nicht von der Hand gewiesen werden können, Tatsachen, die sowohl der "Roten Fahne" wie dem Zentralkomitee der KPD bekannt sein müssen und die auch uns nicht unbekannt geblieben sind.

Warum also der fortgesetzte Schwindel Herr Thälmann, warum, zunächst die ewigen Lügen, als ob die KPD niemals daran gedacht hätte, ihr Parteieigentum an Hugenberg, dann an die Sozialdemokratie regelrecht zu verramschen und warum schliesslich mehrere Tage später die Behauptung, dass das Parteieigentum der KPD längst zu Geld gemacht worden ist? Sollen wir Bilanzen oder sonstige Aufstellungen über die kommunistische Wirtschaft in der Praxis veröffentlichen? Sollen wir ziffernmässig nachweisen wie gross die Verschuldung der kommunistischen Betriebe ist?

Der linkskommunistische ⁺ "Volkswille" ⁺ schreibt zu dem ⁺ "Ausverkauf bei der K.P.D." und den Versuchen der kommunistischen Parteileitung den "grossen Ramsch" zunächst zu bestreiten und den Verkauf ihres Parteieigentums - im Widerspruch zu den Tatsachen - dann als längst vollzogen hinzustellen:

"Genossen der KPD. haben uns in den letzten Monaten bereits wiederholt darauf hingewiesen, dass in den Betrieben der Partei merkwürdige Dinge vorgehen müssen, denn erstens würden die Betriebe wiederholt von Fremden, offenbar bürgerlichen Geschäftsleuten, besichtigt, darunter auch die Druckerei der Roten Fahne, und zweitens sind tatsächlich seit Monaten die Löhne z.B. in der Roten Fahne meistens nur "auf Stottern" ausgezahlt wurden."

Unter der Wucht der jetzt öffentlich bekannten Tatsachen und Behauptungen genügen solche faulen Ablehnungen und Dementis, wie sie die Rote Fahne bringt, nicht mehr. Die KPD-"Führung" muss überzeugend nachweisen, dass die Behauptungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse falsch sind, oder es bleibt gegen die Thälmann-Neumann-Remmele-Münzenberg der Vorwurf bestehen, dass sie in geradezu unverantwortlicher Weise Parteieigentum zu verschleudern gewillt sind. ... Wir betonen: Sowohl das Verschleudern des Parteieigentums als auch das Verbrechen einer bewussten Herbeiführung des Verbots der Partei ist den Gesellen Thälmann-Neumann zuzutrauen. Alle ehrlichen Kommunisten fordern wir auf, bei allen Gelegenheiten Rechenschaft von den Instanzen der Partei zu fordern und alles daranzusetzen, dass die verbrecherische "Führung" zum Teufel gejagt wird."

SPD. Paris, 7. Februar (Eig. Drahtb)

Wahllos, über Gerechte und Ungerechte, scheint die Sonne Moskaus - sobald es gilt, den "Sozialfaschisten", den "Sozialverrättern" eins auszuwischen. Ob das in Deutschland ist oder in Frankreich. Nur die Namen ändern sich, alles andere bleibt sich gleich.

In St. Raphael in Südfrankreich wurde im Mai 1929 ein neuer Bürgermeister gewählt. Die französischen Sozialisten stellten den Abgeordneten August Reynaud als Bürgermeisterkandidaten auf. Ihm wurde der Reaktionsversträete entgegengestellt, den sich die französischen Mittelmeerspekulanten und Bankiers ausgesucht hatten. Die Geschäfte gingen damals schlecht und St. Raphael ist der strategische Stützpunkt der Mittelmeerspekulationen und Geldoperationen. Hier den Bürgermeisterposten zu besitzen bedeutet viel für die kapitalistischen Hyänen. Nach altbekannter kommunistischer Klassenkampftheorie erhielten die Anhänger Stalins den Befehl von ihrer Zentrale! "gegen den Sozialisten Reynaud", der auch mit zwanzig Stimmen in der Minderheit blieb. Aufs Rathaus zog, mit kommunistischer Hilfe, der Kandidat der Spekulanten, Versträete.

Seit einiger Zeit befindet sich in Frankreich eine gewisse "Russisch-Asiatische Bank" in Liquidation, die trübe Geschäfte in Sachen ostasiatisch-chinesische Eisenbahnen gemacht hat. Gegenwärtig prüft das französische Gericht die Akten und Bücher der liquidierten Firma, und der "Temps" meldet, dass der Untersuchungsrichter u.a. den Herrn Bürgermeister Versträete geladen

hat, um von ihm einiges über seine Beziehungen zu der "Russisch-Asiatischen Bank" zu hören und über die dunklen Geschäfte dieses Instituts.

Um die ostchinesische Eisenbahn wäre es kürzlich beinahe zu einem offenen Kriege zwischen Russland und China gekommen, wobei Russland sicherlich nicht die Unterstützung der kapitalistischen Banken und Spekulanten gefunden hätte. Im Gegenteil! Die "Russisch-Asiatische Bank" in Frankreich war so eine Art Hayfischunternehmen, das im Trüben fischen wollte und keineswegs für Sowjetrußland. Herr Verstraete, mit dem sich sogar der französische Untersuchungsrichter beschäftigen muss, hatte seine Hand im Spiel - gegen das "Vaterland der Arbeiter und Bauern". Schadet nichts, deshalb wurde er dennoch zum Bürgermeister gewählt und in eine einflussreiche Stelle geschoben - durch die Hilfe der Kommunisten. Warum? Es ging gegen einen Sozialdemokraten, gegen einen "Verräter"!

SPD. Im Sklarek-Ausschuss des Preussischen Landtages äusserte sich am Freitag der jetzige stellvertretende Stadtkämmerer von Berlin Syndikus Lange (Soz) über Berlins Finanzlage. Sachlich übereinstimmend mit den Ausführungen des Bürgermeisters Scholz verstand es Lange, die Entwicklung der Berliner Finanzen so sehr klarzustellen, dass nichts mehr zu fragen übrig blieb. Infolgedessen nahm, während der ganze Tag für die Vernehmung Langes in Aussicht genommen war, die Sitzung des Untersuchungsausschusses schon gegen Mittag ihr Ende.

Nur der deutschnationale Pfarrer Koch konnte und konnte nicht begreifen, dass die Stadt nur eine grosse Kasse hat und es deshalb Blödsinn ist, von angegriffenen Stiftungsgeldern zu reden, solange aus der Stadthauptkasse die Verpflichtungen gegenüber den Stiftungen glatt eingelöst werden. Aber auch Pfarrer Koch schwieg schliesslich, als Abg. Otto Meier (Soz) an den Vorsitzenden die beiden Gegenfragen richtete, ob es zulässig sei, dass Abgeordnete, die während der Beantwortung derselben Fragen am Donnerstag in der Landtagskneipe gesessen hätten, am Freitag die schon beantworteten Fragen wieder stellten und ob die geladenen Auskunftspersonen auch Fragen beantworten müssten, auf die eigentlich nur der Psychiater Antwort geben könnte.

An die öffentliche Sitzung schloss sich eine geheime. Es war sehr geheim. Man erörterte die Frage, ob der Kämmerer, ohne das Bankgeheimnis zu verletzen, sagen könnte, wieviel Zinsen die Stadt für ihre kurzfristigen Anleihen zahlt. Syndikus Lange schnitt die schwierige Debatte ab, indem er mitteilte, dass je nach Lage des Geldmarktes 9 - 11 % Jahreszinsen gezahlt worden seien. Oberpräsident Maier fügte hinzu, dass die Stadt jeweils rund 2 % weniger Zinsen gezahlt hätte als private Bankschuldner. Der Geldteuerung, die durch das Fehlen von rund 2 Milliarden Anlagekapital im Jahre 1929 entstanden sei, habe sogar die Aufsichtsbehörde die Stadt Berlin nicht entziehen können.

Anschliessend beklagten die Volksparteiler die viele schöne Zeit der Abgeordneten, die im Sklarek-Ausschuss verbummelt wird, und das viele unnütz ausgegebene Geld. Die Deutschnationalen fühlten sich getroffen und erklärten, sie hätten nicht voraussehen können, dass Lange so klar und so erschöpfend darstellen würde, dass sie nicht mehr viel fragen könnten. Auch hätten sie nicht im Voraus gewusst, dass wieder einmal kein Kommunist da sein würde. Man muss ihnen das zubilligen. Aber es wäre wirklich an der Zeit, mit dem Unfug dieses Untersuchungsausschusses Schluss zu machen. Die Sache Sklarek ist geklärt, soweit ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss überhaupt aufklären kann. Im übrigen ist es nicht Aufgabe des Landtages, in dieser Form alles, was in der Selbstverwaltung einer Gemeinde geschieht, noch einmal von Parlaments wegen nachzuprüfen.

Am Sonnabend sollen Stadtkämmerer Dr. Lange, am Montag Oberbürgermeister Böss und danach Stadtrat Reuter (Soz) und Stadtrat Zangemeister gehört werden.

SPD. München, 7. Februar (Eig. Drahtb)

Laut einer neuen Mitteilung der Gerichts-Pressestelle in Bayreuth über den Fall Meussdörffer hat nunmehr auch der zweite Selbstbeschuldigte Popp auf Vorhalten der Erhebungen über sein Alibi, ohne Kenntnis von dem Widerruf Schuberths, sein Geständnis, dass er in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1929 mit Schubert in die Villa Meussdörffer eingestiegen sei, vor dem Untersuchungsrichter widerrufen.

SPD. Paris, 7. Februar (Eig. Drahtb)

Die seit Monaten mit grosser Spannung erwartete Aussprache über die Sozialversicherungen hat am Freitag mittag in der Kammer begonnen.

Ministerpräsident Tardieu ist eigens für zwei Tage aus London nach Paris gekommen, um der Debatte beizuwohnen. Für seinen Entschluss war wohl nicht so sehr seine soziale Ader und seine Teilnahme am Schicksal des Gesetzes massgebend, als vielmehr die Angst, dass die Regierung im Laufe der Interpellationsdebatte, zu der Sozialisten und Radikale mit fertigen Resolutions-Entwürfen kommen, und für die über 20 Redner, darunter die Sozialisten Ramadier und Léon Blum vorgemerkt sind, leicht in eine gefährliche Situation geraten könnte. Denn kaum jemals wurde mit gleich schändlichen Manövern versucht, dem sozialen Fortschritt ein Bein zu stellen, kaum jemals hat eine Regierung klareren Wortbruch begangen, als ihn die Vorgeschichte dieses Gesetzes aufzuweisen hat - mit dessen Ankündigung die Regierung Poincaré ihre Wahlpropaganda gemacht hat.

Am 5. Februar sollte das neue Gesetz in Kraft treten. Aber selbst in seiner heutigen völlig unbefriedigten Form befindet es sich immer noch im Stadium der Kammerdiskussionen und der Kulissenmanöver. Selbst ein so rechtsstehendes Blatt wie der "Paris Midi" erklärt am Freitag, es sei ausserordentlich bedauerlich, dass man zwei Jahre untätig habe verstreichen lassen und erst jetzt, im letzten Augenblick das Gesetz endlich hervorgeholt habe. Das Unbehagen in den politischen Kreisen wird noch verschärft durch die öffentliche Kampagne gegen das Gesetz, die sich auf die Aussagen des Finanzministers Chéron über die Budgetlage stützt. Chéron versuchte ganz einfach die enormen Budgetüberschüsse vor der Öffentlichkeit zu verstecken, und durch geradezu phantastische Androhungen das Schreckgespenst des Budgetdefizits auszumalen, um die versprochenen Steuererleichterungen und die Sozialversicherung hinausschieben zu können.

Die Kammerdebatte, in der die Opposition die Regierung endlich zu einer klaren Stellungnahme dem misshandelten Gesetz gegenüber zwingen will, wird voraussichtlich bis Sonnabend abend dauern. Wenn nötig werden zwei Nachtsitzungen anberaumt werden.

SPD. Genf, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes gelangte auch am Freitag nicht dazu, den nach der Kohlenfrage wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Zusammensetzung des Angestelltenausschusses zu erledigen.

Die Dreierkommission, die einen Vorschlag über die Zusammensetzung des ständigen Angestelltenausschusses machen soll, hat einen Bericht an den Verwaltungsrat erstattet, der nur zeigt, dass diese Kommission zu keinem erspriesslichen Ergebnis gekommen ist. Sie legt dem Verwaltungsrat vier Fragen vor, die sie eigentlich selbst beantworten sollte, und zwar, ob die Kommission eine gleiche Anzahl Vertreter von Angestellten und Arbeitgebern enthalten soll oder, wie das Arbeitsamt vorgeschlagen hat, eine überwiegende Angestelltenvertretung, ob die Kommission mit dem Ausschuss der geistigen Arbeiter zusammenarbeiten soll und ob der Aufgabenkreis der Kommission dem entsprechen soll, was der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialdirektor Weigert, vorgeschlagen hat. Die Einsetzung eines ständigen Angestelltenausschusses wird vor

allem von der deutschen Regierung betrieben, die sich hier zum Sprachrohr der deutschen Angestelltenverbände macht. Der Vertreter der deutschen Regierung verlangte auch am Freitag für den zu gründenden Ausschuss einen Aufgabenkreis, der wirkliche Angestelltenfragen umfasst, was aber bei dem Arbeitgebermitglied des Dreierausschusses auf schärfsten Widerstand stiess. Die vier Fragen muss der Verwaltungsrat am Sonnabend behandeln.

Dagegen fasste der Verwaltungsrat am Freitag einige Beschlüsse über die Kontrolle der Durchführung der Ratifikationen und ihrer Vorbereitung, die die Rechte des Verwaltungsrates erweitern, und nahm zu einem Bericht über die Textil-Enquete eine Entschliessung an, die den praktischen Beginn der Untersuchung wieder hinausschiebt, indem der Bericht der Textilkommission vorerst den Regierungen zur Rückäusserung zugesandt werden soll. Die dem Arbeitsamt vom Völkerbund übertragenen Aufgaben, die Möglichkeiten einer Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen auf den grossen Schifffahrtsstrassen zu untersuchen, wurde an einen Unterausschuss überwiesen. Der Ausschuss besteht aus neun Mitgliedern, zwei Arbeitgebern, zwei Arbeitnehmern und fünf Völkerbundsexperten.

SPD. London, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die britische Regierung hat am Freitag der Oeffentlichkeit ein Memorandum über die wichtigsten Probleme der Flottenkonferenz übergeben.

Das Memorandum beginnt mit der Feststellung, dass nach britischer Auffassung die Konferenz nicht nur zu einer Herabsetzung der heutigen Flotte und der Schiffsbauprogramme führen, sondern das Wettrüsten zur See endgültig beenden müsse. Die Politik Grossbritanniens gehe darauf hinaus, die Verkehrswege auf hoher See für Handel und Verkehr offen zu halten und im Verhältnis zur politischen Lage der Welt die nötigen Schritte zu unternehmen, um diese zu sichern. Die Regierung habe bei der Feststellung ihrer Bedürfnisse zur See ausserdem noch ihre Verpflichtungen unter dem Völkerbundsstatut in Rechnung zu setzen. Bei Festsetzung der Stärken zur See, müsse die Regierung die Möglichkeiten des Ausbruchs von Kriegen mit einkalkulieren. "Falls dies nicht geschieht, so besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Flotten gebaut werden, die keinerlei Nutzen haben, eher eine Bedrohung als einen Schutz darstellen und im wichtigsten Falle eine Beschneidung der materiellen Mittel der Nationen sind."

Die englische Regierung ist deshalb der Auffassung, dass ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Staaten auf der Grundlage eines internationalen Abkommens hergestellt werden muss. Sie vertritt dazu den Standpunkt, dass die gegenwärtige Konferenz ein bis zum Jahre 1936 gültiges Abkommen abschliessen müsse, und dass im Jahre 1935 eine neue Konferenz zur Revision der jetzt zu fassenden Beschlüsse abgehalten werden solle. Das britische Memorandum wiederholt schliesslich die alte, der französischen Auffassung entgegengesetzte These, dass sich das Abkommen auf die Festsetzung der Grösse der einzelnen Schiffe in den verschiedenen Kategorien und der Gesamttonnage der einzelnen Schiffskategorien beziehen müsse und betont, dass Abkommen für jede einzelne Kategorie nötig seien, um dem Wettrüsten zur See ein Ende zu machen. "Es ist nicht nur die Gesamttonnage eines Landes, auf die es ankommt, sondern die Art und Weise, in welcher diese Tonnage verteilt wird." Trotz dieser grundsätzlichen Aufrechterhaltung ihres alten Standpunktes erklärt sich die britische Regierung bereit, einem beschränkten Transfer-Recht zwischen den einzelnen, aber nicht zwischen allen Kategorien zuzustimmen. Die wichtigsten positiven Vorschläge des Memorandums lauten:

1. Völlige Abschaffung der Schlachtschiffe und als ersten Schritt im Verfolg dieser Politik, keinerlei Ersatzbauten von Schlachtschiffen bis 1935.
2. Beschränkung der Tonnage und des Geschützkalibers der Flugzeugmutter-schiffe.
3. Aufrechterhaltung der Maximalgrösse für Kreuzer von 10 000 Tonnen und Begrenzung des kleinen Kreuzertyps auf 6 000 oder 7 000 Tonnen.
4. Einschränkung des gegenwärtigen britischen Bauprogramms für Zerstörer, falls das Unterseeboot-Programm der anderen Länder herabgesetzt wird.

5. Abschaffung der Unterseebootwaffe, da der Weltkrieg die alte Auffassung von dem rein Defensiv-Charakter dieser Waffe widerlegt hat. Falls Abschaffung nicht möglich, eine radikale Herabsetzung der Unterseeboote auf die niedrigst mögliche Anzahl; Ergänzung dieses Unterseebootsabkommens durch den Abschluss einer Vereinbarung, die im Interesse der Menschlichkeit die Verwendung der U-Boote gegen Handelsschiffe reguliert.

6. Jährliche Veröffentlichung der Schiffsbauprogramms für die Hilfsschiffe durch die verschiedenen Mächte

Die amerikanischen Vorschläge haben in französischen Kreisen stark verstimmt. Die Franzosen vertreten den Standpunkt, dass sowohl von den Amerikanern als auch von den Engländern dem französischen Standpunkt bei der Formulierung der Vorschläge nicht genügend Rechnung getragen worden sei.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags kam am Freitag noch einmal die Petition der Arbeitnehmer der Metallflugzeugbau-Werke Rohrbach zur Erörterung. Die Angestellten der Firma haben seit Dezember kein Gehalt, die Arbeiter seit vielen Wochen keinen Lohn erhalten und ihre Bitte geht dahin, ihre Ansprüche aus einem Fonds zu tilgen, der im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für die wirtschaftliche Umstellung der Luftfahrt-Industrie noch vorhanden ist. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten verlangt, dass die Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden solle. Infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien gelang es aber nur, sie zur Erwägung zu überweisen.

Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums teilte mit, dass zu Montag, den 10. Februar eine Gesellschafter-Versammlung der Rohrbach-Werke einberufen wurde. Das Ergebnis ihrer Beratungen könne nur in der Anmeldung des Konkurses bestehen. Im Falle des Konkurses glaube die Regierung jedoch unter Berücksichtigung der vorliegenden ganz besonderen Verhältnisse den wirtschaftlich schwachen Arbeitnehmern und Kleingläubigern eine Unterstützung nicht versagen zu sollen. Sie sei daher bereit, zugunsten dieser Gläubiger auf einen Teil der dem Reich zur Sicherung von Darlehensforderungen gegenüber der Rohrbachgesellschaft zur Verfügung stehenden Sicherheiten zu verzichten, sofern der Ausschuss für den Reichshaushalt zustimme.

Der Haushaltsausschuss erteilt die erforderliche Zustimmung. Es ist deshalb zu erwarten, dass den Angestellten und Arbeitern der Rohrbachwerke schon in allernächster Zeit die rückständigen Gehälter und Löhne gezahlt werden können.

SPD. Gadebusch/Mecklbg. Schwerin, 7. Febr. (Eig. Drahtb)
Der von der Landeskriminalstelle in Halle a.S. und anderen Untersuchungsbehörden West-Prignitz wegen Mordes verfolgte Arbeiter Joseph Möhring wurde hier verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt. Möhring steht in dem dringenden Verdacht, mit einem Komplizen im Januar 1929 einen Wächter einer bei Halle gelegenen Marmeladefabrik ermordet zu haben. Als zweiter Täter kommt ein Kürschner Oswald Aschenbrenner aus Flensburg in Frage.

SPD. Dresden, 7. Februar (Eig. Drahtb)
Am Donnerstag Nachmittag wurden Strassenpassanten auf eine Frau aufmerksam, die völlig zusammengebrochen war. Sie erklärte ihr Kind getötet zu haben. Tatsächlich fand man das acht Wochen alte Kind mit einer Schnur erdrosselt in der Wohnung der Frau, in einem Wagen liegend vor. Die Frau, die einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, hat die Tat offenbar in einem Anfall geistiger Ummachtung begangen. Seit der Geburt des Kindes sollen bei der Frau Symptome geistiger Ummachtung wahrnehmbar gewesen sein, die darauf zurückgeführt werden, dass der Vater der Frau am Tage vor der Geburt des Kindes starb.

SPD. München, 7. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Führer der christlichsozialen Reichspartei und verantwortliche Herausgeber der christlichsozialen Zeitschrift "Das neue Volk", Vitus Heller, wurde am Freitag vom Landgericht München wegen übler Nachrede und Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held zu der ungewöhnlich hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Blatt hatte im Dezember drei Artikel gebracht, in denen Herr Held beschuldigt wurde, im Jahre 1923 gewissen Separationsbestrebungen in der Pfalz nicht energisch genug entgegengetreten zu sein. Wegen ähnlichen Behauptungen waren kurz vorher das Münchener Monarchistenblatt "Das Bayerische Vaterland" und der Domkapitular Hildenbrand, ein Parteigänger Dr. Helds, zu sehr kostspieligen Vergleichen gezwungen worden. Der Beklagte Heller wollte den Wahrheitsbeweis antreten und benannte zu dem Zweck sieben Zeugen, darunter zwei französische hohe Besatzungsoffiziere, den bekannten Separatistenführer Matthes und den nationalsozialistischen Putschisten und thüringischen Innenminister Frick. Das Gericht lehnte diese Zeugen restlos ab und versagte dem Angeklagten in dem Urteil jegliche Strafmilderungsgründe.

SPD. Im Jornsprozess leiden die Verhandlungen in den letzten drei Tagen unter der Abwesenheit des Rechtsanwalts Paul Levi, der es ausgezeichnet verstanden hatte, den Nebenkläger und dessen Rechtsbeistand mazzusetzen. Besonders der letzte Tag der Beweiserhebung, der Freitag, schleicht sich nur träge vorwärts.

Trotzdem ist sein Ergebnis nicht belanglos. Der einzige Zeuge, der noch zu vernehmen ist, Oberregierungsrat Ehrhardt, scheint zunächst, ebenso wie am Tage vorher der Staatsanwalt Orthmann, Jorns entlasten zu wollen. Er war Vorsitzender in dem Prozess des Kriegsgerichts gegen die Liebknecht- und Luxemburgmörder Anfang Mai 1919. Das Verfahren, meint er, sei von keiner Stelle her irgendwie beeinflusst worden. "Wir Militärjustizbeamten sind unabhängiger gewesen als die Ziviljuristen," behauptet er mit grosser Bestimmtheit. Mit Jorns, der die Anklage vertrat, war er durchaus zufrieden. "Ein anderes Verhalten des Nebenklägers wäre bei der Bedeutung der Sache und der Öffentlichkeit des Verfahrens gar nicht möglich gewesen", lautet sein Urteil.

Dieser ehemalige Kriegsgerichtsrat ist ein Gesinnungsgenosse des Jorns. Er ist von derselben Unselbständigkeit des Urteils - "eine Kritik der Untersuchungsmethoden stand mir nicht zu" - und von dem gleichen Beamtendünkel - "einer der Beisitzer sagte, er sei ein Laie in Gerichtsdingen!" und "Ich habe die Beisitzer nur zugezogen, um sie zu reizen und sie zu zwingen, ihr Material herauszurücken". Auch bei der Lektüre der Akten ist ihm nichts aufgefallen: er findet, Jorns habe "die Untersuchung sehr gewissenhaft geführt". Da kann man verstehen, dass Otto Landsberg "sich mit allen Kräften dafür eingesetzt" hat, wie er selber an dieser Stelle bekannte, "dass die Militärgerichtsbarkeit so schnell wie möglich verschwand".

An den entscheidenden Punkten versagt ihm immer, genau wie dem Jorns, das Gedächtnis. Ob er das Militärverhältnis des angeblichen "Oberleutnants" Vogel festgestellt hat, weiss er nicht mehr anzugeben, obwohl er sich damit brüstet, er habe die Akten so genau gekannt, dass er ohne ihre Hilfe den ganzen Prozess geleitet habe. Er erinnert sich auch nicht der Sensation, die die Frage des Verteidigers Grünsbach hervorrief: "Warum ist das Auto nicht sofort sichergestellt worden?" Dagegen besinnt er sich noch genau darauf, dass in der Urteilsbegründung dem Kapitän v. Pflugk-Hartung nachgerühmt wird, er habe Liebknecht sogar vor der erbitterten Menge der Soldaten und Zivilisten geschützt. (1)

Aber ganz allmählich wird Ehrhardt aus seiner reservierten Haltung herausgedrängt, und es wiederholt sich der Vorgang bei Oberst Reinhardt: dass der Entlastungszeuge sich in einen Belastungszeugen verwandelt. Aus dem Stenogramm der Sitzung wird ihm nachgewiesen, dass er ausdrücklich gemissbilligt hat, dass das Mordauto Liebknachts nicht sofort beschlagnahmt wurde. Er gibt weiter zu, dass die Verantwortung für die Angeklagten während der Verhandlung beim Untersuchungs-

richter lag, als man ihn daran erinnerte, dass Vogel während der einstündigen Verhandlungspause auf das holländische Konsulat gegangen war und sich ein Visum für seinen falschen Pass besorgt hatte. Er erwähnt einen Fall, in dem er, weil Gefahr im Verzug war, den Instanzenweg überaprunen hatte, auf den sich Jorns immer beruft. Er wäre in einem dringenden Fall unmittelbar an den Reichswehrminister gegangen unter Umgehung des Gerichtsherrn und des Kriegsministeriums. Auch das Verhältnis zum Gerichtsherrn stellt sich nach seiner Aussage wesentlich unabhängiger dar als es Jorns angegeben hatte - immer in dem Bemühen, sich zu decken. Interessant ist schliesslich noch, dass Ehrhardt die Freiheiten, die Jorns den gefangenen Offizieren eingeräumt hat, und die zu der grotesken Begegnung zwischen Jorns und Liepmann vor der "Colibri-Bar" führten, gemissbilligt hat.

So hat sich also das anfänglich so günstige Gutachten des Vorgesetzten über den "Kollegen Jorns" in das krasse Gegenteil verwandelt....

SPD. Paris, 7. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Erklärung des amerikanischen Delegierten Stimson auf der Flottenkonferenz, die die Basis für die durch den Washingtoner Besuch MacDonalds angebahnte angelsächsische Flotteneinigung darstellt, hat in den politischen Kreisen in Paris eine höchst unliebsame Ueberraschung ausgelöst. Insbesondere die Tatsache, dass das Problem der grossen Kreuzer, das stets das letzte und schwierigste Hindernis der englisch-amerikanischen Einigung zu sein schien, eine so glatte und definitive Regelung erfahren soll, wird in Paris als harter Schlag und Strich durch alle französischen Rechnungen empfunden. Frankreichs Taktik war darauf eingestellt, aus dem Gegensatz zwischen England und Amerika Vorteile zu ziehen und gewissermassen in den trüben Wassern des Spieles mit der Seeabrüstung zu fischen. Nun aber findet man sich plötzlich einer analogen Lage gegenüber.

Die angelsächsische Front, die sich bereits in der technischen Kommission deutlich fühlbar macht, droht die monatelang gehegten Befürchtungen der Isolierung Frankreichs in London, krasser selbst, als es die notorischen Pessimisten vorausgesagt, zu bewahrheiten. Die Auswirkungen dieser peinlichen Wendung der Dinge machen sich am Freitag in der Pariser Presse bereits deutlich fühlbar. Die "Liberté" berichtet, dass Tardieu dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald deutlich sein Befremden über die, ohne Wissen der kleinen Mächte erfolgte englisch-amerikanische Einigung zu verstehen gegeben habe. Das Blatt fragt, was Frankreichs Vertreter eigentlich noch in London zu suchen hätten, nachdem die Entscheidung ohnehin in privaten Verhandlungen hinter Frankreichs Rücken und nicht im Plenum fielen, und die einzige Rolle, die unter diesen Umständen die französische Delegation spielen könne - die des Ausgespielten sei.

SPD. Das demokratische Mitglied der Hamburger Bürgerschaft Erich Lueth ist am Freitag aus dem Reichsbund der deutschen Jungdemokraten ausgeschlossen worden. Der Ausschluss Lueth's, der den radikal-pazifistischen Flügel der Jungdemokraten führt, erfolgte wegen disziplinwidrigen Verhaltens. Er soll verschiedentlich gegen den Bundesvorstand vorgegangen sein. Hinter Lueth stehen die Landesverbände Berlin, Hamburg und Rheinland der Jungdemokraten.

Es ist anzunehmen, dass nach dem Ausschluss Lueth's, des geistigen Führers des linken jungdemokratischen Flügels, im Lager der Jungdemokraten ein scharfer Kampf entbrennen wird.

SPD. Sofia, 7. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Sobranje verabschiedete am Freitag nach dreitägiger erregter Debatte das Haager Abkommen mit den Stimmen der Regierungspartei gegen die gesamte Oppo-

sition. Nach dem Abkommen verpflichtet sich Bulgarien, 36½ Jahre lang durchschnittlich je elf Millionen Goldfranken pro Jahr an Reparationen und 120 Millionen Lei an Rumänien für die Aufhebung des Sequesters zu zahlen.

Der sozialistische Redner Pastuchow bezeichnete diese Summe als untragbar für das verarmte bulgarische Volk. Er griff die Sgowor-Minister scharf an und warf ihnen vor, die Interessen Bulgariens ungenügend verteidigt zu haben.

SPD. Genf, 7. Februar (Eig.Drahtb.)

Der von der ratgebenden Opiumkommission eingesetzte Unterausschuss zur Ausarbeitung eines Planes für die internationale Einschränkung und Kontingentierung der Rauschgiftfabrikation hat jetzt einen Bericht vorgelegt, in dem er die verschiedenen Wege zur Durchführung der Kontingentierung aufzeigt. Der sehr detaillierte Bericht, der schon durch sein blosses Zustandekommen zeigt, dass es möglich ist, die Rauschgiftfabrikation international planmässig zu regeln, wird dem Völkerbundsrat zugehen, der zweifellos auf Grund des Berichts den Opiumausschuss beauftragen wird, auf der Grundlage der Prinzipien des Kontingentierungs-Gutachtens ein Abkommen zu entwerfen.

SPD. Paris, 7. Februar (Eig.Drahtb.)

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober in Rom hat auch in der Pariser Presse eine gewisse Beachtung gefunden.

Der "Temps" widmet dem österreichischen Problem am Freitag sogar einen Leitartikel, bemüht sich aber so vorsichtig und zurückhaltend als nur möglich zu sein. Man dürfe aus der Verbesserung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien ebenso wenig übereilte Konsequenzen ziehen wie aus der österreichischen Anhänglichkeit an Deutschland. Oesterreichs Hauptproblem sei, überhaupt existieren zu können und mit seinen Nachbarn gute Beziehungen zu unterhalten, nicht aber sich in ein politisches System einspannen zu lassen, heisse dies nun Donau-Föderation oder das Netz italienischer Politik, mit dem der Duce Mitteleuropa und den Balkan einzuspinnen versuche.

SPD. London, 7. Februar (Eig.Drahtb.)

Der "Evening Standard" meldet in grosser Aufmachung, dass zwischen dem Minister für Arbeitsbeschaffung Thomas und den drei ihm als engere Mitarbeiter und beratendes Komitee zur Seite gestellten Ministern Landsbury, Mosley und Jonston, grosse Meinungsverschiedenheiten herrschten, die nunmehr zum offenen Ausbruch gelangt seien.

Die drei Mitarbeiter haben nach dieser Information seit langem vergeblich versucht, Thomas zu veranlassen, die gegenwärtig sich in ausgefahrenen Gleisen bewegende Politik der Arbeitsbeschaffung zu verlassen und selbständig ein Memorandum ausgearbeitet, das sie unter Uebergang von Thomas direkt dem Ministerpräsidenten überreicht haben. Das Memorandum soll einen neuen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthalten, der weit über den von Thomas hinausgeht. Der "Evening Standard" glaubt des weiteren zu wissen, dass die drei Mitarbeiter des Ministers für Arbeitsbeschaffung ihre Arbeit in dem beratenden Komitee niedergelegt hätten und dass MacDonald ein neues Komitee eingesetzt habe, das Snowden, den Minister für Volksgesundheit Greenwood, Tom Shaw und Frau Bondfield einschliesse. Das Komitee werde das Memorandum von Landsbury, Mosley und Jonston zu prüfen haben.

Die Darstellungen des "Evening Standard" enthalten insofern ein Körnchen Wahrheit, als tatsächlich seit langem eine gewisse Spannung zwischen Thomas und seinen engsten Mitarbeitern besteht.

Aus aller Welt

Schätze auf Reisen.

Reden ist Silber, aber Silber kann nicht reden -- Verräterisches Rotbraun und ein moralischer Verbrecher.

SPD. In Amerika wurde vom Gerichtshof in Albany (USA) ein gewisser Harak Lewston zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er mit ebenso grosser Frechheit wie Tüchtigkeit das Silber seines Arbeitgebers sechs Mal zum eigenen Vorteil verkauft und wieder geholt hatte.

Lewston war Diener bei einem reichen amerikanischen Fabrikbesitzer und war im Besitz der Schlüssel zu den Geschirrs- und Silberschränken seines Chefs. Als der eines Tages auf einer Geschäftsreise war, packte Lewston einen grossen Teil der in den Schränken aufbewahrten Silbergegenstände im Werte von ungefähr 3000 Dollar in einen grossen, auffallenden, rotbraunen Lederkoffer und bestellte sich von New York einen Hehler, dem er die Sachen verkaufen wollte. Die Silbersachen, die sämtlich mit dem Monogramm des Besitzers versehen waren, konnten nur zum Einschmelzen verwendet werden. Der Hehler besah sich die Gegenstände und zahlte den lumpigen Preis von 500 Dollar. Dann nahm er den rotbraunen Koffer, begab sich auf den Bahnhof, stellte den Koffer neben sich ins Abteil und fuhr gegen New York. Lewston war unterdessen auch nicht müssig, denn es ging auf keinen Fall an, dass der Brotherr bei seiner Rückkunft das Fehlen des wertvollen Silbers bemerkte. Lewston telephonierte an den Bahnhofsdiener und teilte mit, in dem und dem Zug, der jetzt eben nach New York fahre, sei ein rotbrauner Koffer mit wertvollem Silberinhalt stehen geblieben, man möge doch nachforschen, ob er noch im Zuge zu finden sei. Auf der letzten Station vor New York betrat ein Beamter den Zug und suchte die Abteile ab. Richtig, der Koffer stand da. Er gehöre doch niemanden. Dem Hehler wurde es siedend heiss. Nein, meinte der Hehler, der Koffer gehöre ihm nicht, der Koffer ginge ihn überhaupt nichts an. Dann ist ja alles gut, meinte darauf der Beamte und packte den Koffer, der Mr. Lewston nun prompt wieder zugestellt wurde. Lewston stellte die Sachen fein säuberlich wieder an ihren alten Platz.

Lewston fand Gefallen an diesem Trick, der ihm im Ganzen fünf Mal glückte. Aber beim sechsten Male ging es schief. Der diesmal angeheuerte Hehler muss Lewstons Schlichen auf die Spur gekommen sein, denn er liess nach dem Kauf den Koffer von einem Helfershelfer per Auto abfahren und setzte sich mit einem ähnlichen Koffer, der mit Steinen und Papier angefüllt war, in die Bahn. Lewston geriet in arge Verlegenheit, als er später die Steine des seine Kollegen rächenden Hehlers auspackte. Bei der Rückkunft des Fabrikbesitzers musste er seine Verfehlungen zugeben.

+ + +
Aus Kindesliebe ins Gefängnis. Die Pariser Polizei hat den wegen verschiedener Schwindeleien und Betrugsaffären seit Jahren gesuchten Louis Desiré Noel in dem Moment verhaftet, als er das Krankenhaus verliess, in dem seine Frau niedergekommen war. Kurz vorher hatte Frau Noel ihrem Gatten an dessen Adresse in Genua ein Telegramm geschickt und ihn von der kommenden Geburt in Kenntnis gesetzt. Noel konnte es in seinem Versteck in Genua nicht länger aushalten, setzte sich auf die Bahn und fuhr nach Paris, um Mutter und Kind zu sehen. Inzwischen hatte die Polizei von dem Inhalt des Telegramms Kenntnis bekommen. Als Noel das Spital verliess, lauerten ihm am Tore vier Geheimpolizisten auf.

+ + +

Grossfeuer in Berlin. Am Freitag morgen brach in einer Lack- und Farbenfabrik in der Dresdenerstrasse ein Grossfeuer aus, mit dessen Bekämpfung sechs Löschzüge der Feuerwehr beschäftigt waren. Die Dachstühle zweier Seitenflügel und des Quergebäudes standen in hellen Flammen. Dicke, schwarze Rauchschwaden zogen über den ganzen Stadtteil. Der angerichtete Schaden ist sehr gross.

+ + +

Ein Erbschaftsstreit um Millionen. In dem sensationellen Erbschaftsstreit um das Millionenvermögen des verstorbenen Berliner Kaufmannes Loeske fand vor einer Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin ein Termin statt, der zwar nach Vortrag der Reichsanwälte vertagt wurde, aber noch viel Aufsehen erregen wird. Loeske hat sich durch Spekulationen in galizischen Petroleumquellen und anderen Industrieunternehmungen ferner als Juwelenhändler ein grosses Vermögen erworben. Er hinterliess bei seinem Tode 20 Millionen Mark, ausserdem weitere 20 Millionen die er von seinem Bruder geerbt hatte. Das Geld wurde u.a. der Gattin seines Konkurrenten Oppenheimer und einer Freundin vermacht - was die direkten Erben Loeskes wieder nicht wahr haben wollen. Teils glauben sie an Schiebung, und teils munkeln sie davon, dass Loeske keines natürlichen Todes gestorben sei. Infolgedessen wurde die Leiche wieder ausgegraben, doch Verdächtiges hat man nicht festgestellt. Die misstrauischen Erben geben sich aber noch nicht zufrieden und bestehen auf genauester Klärung der Todesursache.

+ + +

Stresemann=Strasse in Berlin. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten Zörgiebel ist nunmehr der Beschluss, die Königgrätzerstrasse in Stresemann=Strasse umzubenennen, in Kraft gesetzt. Das Preussische Staatsministerium hatte seine Zustimmung bereits am 3. Dezember gegeben. Ein Magistratsbeschluss auf entsprechende Namensänderung der Tiergarten= und Lennéstrasse ist damit hinfällig geworden.

+ + +

Ehescheidung auf Abzahlung. In Paris hat die Polizei ein Ehescheidungsbüro entdeckt, das besonders von dem zahlungskräftigen englischen Publikum stark beschäftigt wurde. Dieses Büro, gegen dessen Inhaber Strafanzeige erstattet worden ist, vermittelt Ehescheidungen nach mexikanischem Rezept und Gesetz. Es genügt der Nachweis, dass die eine Ehehälfte die andere "geistig" oder "seelisch" gequält hat, damit die Ehe geschieden werden kann. Auch eine mehr als sechsmonatliche Trennung der Ehegatten führt bereits zur gesetzlichen Trennung. Das Pariser Büro sendet die entsprechenden Dokumente und Protokolle nach Mexiko und die dortigen Behörden sprechen die Scheidung aus und schicken das Urteil brieflich nach Paris. Das Ehepaar hat dann einen staatlich mexikanischen Gerichtsspruch in der Hand und die Ehe ist geschieden. Kostenpunkt: einhundert englische Pfund Sterling oder zweitausend Reichsmark. Auf besonderen Wunsch und nach Uebereinkommen gewährt das Büro eine Abschlagszahlung von monatlich 20 Mark. Sobald die Hälfte der Kosten, also eintausend Mark, bezahlt sind, erfolgt die Auslieferung der Dokumente. Merkwürdig bleibt die Tatsache, dass auf Grund mexikanischer Gerichtsurteile kontinentale Ehen geschieden werden können.

+ + +

Düsseldorfer Mörder wieder aufgetaucht? In Düsseldorf versuchte ein etwa 30jähriger Mann das vierjährige Töchterchen einer Familie in der Dorotheenstrasse im Stadtteil Flingern zu entführen. Als im rechten Augenblick die Mutter hinzukam, und in furchtbarer Angst dem Entführer, der ihr Kind bei der Hand hielt, nachlief, drehte sich das Kind um und rief: "Da kommt die Mutter!" Der Mann liess sofort das Kind los, eilte davon und sprang auf eine Strassenbahn. Die von Augenzeugen und von der Mutter gegebene Beschreibung des Entführers deckt sich mit der des Mannes, den die Düsseldorfer Polizei für den Massermörder hält. Auch ist die Dorotheenstrasse nicht weit von dem Torbruch entfernt, in dem sich mehrere der Mordtaten ereignet haben. Die Polizei hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem Zeugen gesucht werden.

+ + +

Schiffsbrand. An Bord des 17 000 Tonnen grossen Motorschiffes "Tatsudama-ra" in Tokio brach kurz vor der ersten Ausreise ein Feuer aus. Vier Arbeiter verbrannten, 24 Kabinen wurden vollständig zerstört. Der Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt.

+ + +
Ungetreuer Gerichtsvollzieher. Das Schöffengericht Berlin-Tempelhof verurteilte den Obergerichtsvollzieher P. wegen Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung und Fälschung von Pfändungsprotokollen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und einem Monat Zuchthaus. P. hat in der Zeit von April 1927 bis September 1928 rund 10 000 Mark Amtsgelder veruntreut. Er dürfte unter seinen Berufskollegen den Trinkerrekord aufgestellt haben. Täglich verkonsumierte er bis zu 2 Liter Kognak und 30 bis 40 Glas Bier. Er will in der angegebenen Zeit 12 000 Mark in Alkohol angelegt haben. Im übrigen hat er das Geld nicht direkt zum Zwecke des Vertrinkens unterschlagen, sondern nur indirekt: erst hat er Schulden gemacht, die es dann zu decken galt.

+ + +
Kampf auf Leben und Tod. Der Fleischer Kneissl aus Tensing bei Karlsbad wurde in dem von ihm gelenkten Auto von einem Verbrecher überfallen, den er erst auf dessen Bitte hatte einsteigen lassen. Der Unbekannte gab auf Kneissl zwei Schüsse ab, die Kneissl am Hals und im Gesicht verletzten. Es entspann sich ein Kampf auf Leben und Tod. Kneissl gelang es, den Verbrecher, dem wahrscheinlich bekannt war, dass Kneissl 15 000 Kronen bei sich hatte, fast bis zur Bewusstlosigkeit zu würgen und vom Auto zu stossen. Der Ueberfallene konnte sich noch bis zum Karlsbader Krankenhaus fahren.

+ + +
Raubüberfall auf Juweliergeschäft. In Köln zertrümmerten zwei unerkannt gebliebene Männer das Schaufenster des Juweliers Baumann und stahlen Schmucksachen im Wert von 5000 Mark. Die sofort von Passanten aufgenommene Verfolgung war erfolglos. Die Verbrecher gaben Schüsse ab.

+ + +
Karl Krauss gegen die Volksbühne. Vor dem Landgericht I Berlin begann am Freitag mittag der Prozess des Wiener "Fackel"-Herausgebers und Schriftstellers Karl Krauss gegen die Berliner Volksbühne. Krauss, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Laserstein, wirft der Volksbühne vertragswidrige Streichungen in seinem in einer Matiné aufgeführten Schauspiel "Die Unüberwindlichen" vor. Ausserdem sei die Volksbühne wegen der Nichtwiederholung der Aufführung kontraktbrüchig. Der Anwalt der Volksbühne, Rechtsanwalt Joseph, macht geltend, dass die Striche unwesentlich waren und das Stück sich für den Abendspielplan gar nicht eigne. Rechtsanwalt Laserstein übergab daraufhin dem Richter ein ganzes Paket mit Kritiken, weil allein schon der Presseerfolg die Wiederholung rechtfertige. Darauf äusserte der Gegenanwalt ebenso berechtigt wie schlagfertig "seit wann kümmert sich Karl Krauss um die Presse?" Dann wurde die Verhandlung zwecks weiterer Beweisaufnahme vertagt.

+ + +
Zwei Todesschüsse beim Schönheitsfest. In Mexiko-City wurden bei einem einer Schönheitskönigin gegebenen Fest in der Villa Altamira der bisherige Bürgermeister der Stadt und der neugewählte Bürgermeister niedergeschossen. Die Täter entkamen in der allgemeinen Aufregung.



Gewerkschaftliche Rundschau

Die Hungernden nicht vergessen!

SPD. Die vordringlichste Aufgabe des Reichstags, die im Zusammenhang mit der Finanzfrage angepackt und so schnell wie möglich zu einer positiven Lösung gebracht werden muss, ist die Erweiterung der Krisenfürsorge. Hier darf kein Tag länger mehr gewartet werden; es gilt, würgende Not zu lindern, es gilt Hunger zu stillen. Der Ausbau der Krisenunterstützung ist eine unumgängliche Notwendigkeit; denn Tag für Tag steigen die Aussteuerungsziffern, steigen die Lasten der Gemeinden. Es ist schlechterdings unmöglich, die Hilfe für die Arbeitslosen, die nicht mehr von der Versicherung unterstützt werden, und die auch vom Bezug der Krisenunterstützung nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen ausgeschlossen sind, von der Finanzlage der einzelnen Kommunen abhängig zu machen.

Der Ernst der Notlage der Arbeitslosen, die von der Arbeitslosenversicherung keine Hilfe mehr erhalten können, ist unverkennbar. Man darf nicht vergessen, dass noch über die Einschränkungen der Krisenunterstützung, die Ende Juni vergangenen Jahres vom Reichsarbeitsminister vorgenommen wurden, hinaus von den Präsidenten der Landesarbeitsämter neue und weitergehende Beschränkungen im Laufe der letzten Monate durchgeführt worden sind. So wurde, wie in der soeben erschienenen neusten Nummer der Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit Nachdruck hervorgehoben wird, teilweise die Altersgrenze über 21 Jahre bis zu 25, ja bis zu 35 Jahren erhöht. Es wurde die Zulassung nur auf männliche oder sogar nur auf verheiratete Arbeitslose beschränkt. Ehefrauen wurden vielfach gänzlich von dem Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Kleine Orte, an denen nicht viele Arbeitslose vorhanden waren, nahm man ganz aus der Krisenunterstützung heraus. Die Dinge liegen also so, dass keineswegs alle vom Reichsarbeitsminister zugelassenen Berufsangehörigen nun auch tatsächlich Krisenunterstützung beziehen. Die von dem Präsidenten der Landesarbeitsämter vorgenommenen besonderen Einschränkungen machen es schwer, ein ganz klares Bild über den Bezug oder Nichtbezug von Krisenunterstützung in den einzelnen Landesteilen zu geben. Immerhin sind die bekannt gewordenen Tatbestände schlimm genug, um sofortige Abhilfe erheischen. Die Not der jugendlichen Arbeitslosen unter 21 Jahren und die der Gruppen mit sogenannter berufsüblicher Arbeitslosigkeit ist wiederholt in der Arbeiterpresse dargestellt worden. Die Bauarbeiter sind beim Reichsarbeitsminister vorstellig geworden, da bei ihnen der Ausschluss von der Krisenunterstützung gerade in diesem Winter erschreckendes Elend hervorgerufen hat. Rund 200 000 Bauarbeiter haben in diesem Winter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung stellen können. Eine furchtbare Ziffer - erschütternd und alarmierend! Auch in der Berufsgruppe "Lohnarbeit wechselnder Art", d.h. bei den un- und angelernten Fabrikarbeitern, die zum grössten Teil von der Krisenunterstützung ausgeschlossen sind, ist die Arbeitslosigkeit gross.

Für die Erweiterung der Krisenunterstützung müssen vom Reichstag Mittel für das laufende und für das neue Geschäftsjahr bereit gestellt werden. Eingesetzt waren im Etat zunächst einmal 120 Millionen; dazukommen noch 30 Millionen im Nachtragsetat. Diese 150 Millionen reichen aber nur zur Unterstützung innerhalb der zur Zeit recht eng gezogenen Grenzen der Krisenfürsorge aus. Wir brauchen also für das laufende Geschäftsjahr noch eine Nachbewilligung.

und für das kommende die Einsetzung eines erheblich grösseren Betrags als 150 Millionen. Die Beschaffung der notwendigen Mittel ist gewiss keine Kleinigkeit. Allein sie sind nun einmal unumgänglich notwendig - notwendig wie die Luft zum Atmen.

SPD. Wiederholt musste in jüngster Zeit festgestellt werden, dass die Textilarbeitgeber ausgesperrten oder streikenden Textilarbeitern Arbeitsbeschaffung an anderen Orten durch schwarze Listen unmöglich machten. In den letzten Tagen ist ein derartiger Fall beim Textilarbeitgeberverband für Südhannover zu verzeichnen. Die ihm angeschlossene Firma Salzmann & Co. in Einbeck hat ihre Arbeiter, die einer erheblichen Herabsetzung der Löhne nicht zustimmten, ausgesperrt. Der Textilarbeitgeberverband Südhannover hat nun an seine Verbandsmitglieder ein vom 5. Februar datiertes Rundschreiben gerichtet, worin er es den von der Firma Salzmann ausgesperrten Arbeitern unmöglich machen will, anderswo Arbeit zu bekommen. Er sagt in dem Rundschreiben: "Es besteht die Möglichkeit, dass ein grosser Teil der Arbeiter versucht, anderweit Arbeit zu bekommen. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die bei der Firma Salzmann & Co. Streikenden bei ihnen nicht eingestellt werden." -

Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes für Südhannover ist ungeheuerlich. Man darf erwarten, dass gegen derartige Methoden, die gegen die Strafbestimmungen verstossen, die Staatsanwaltschaft einschreitet.

SPD. Wer ist an der Riesenarbeitslosigkeit schuld? Nicht die Kriegswirungen, nicht die mit der Reparationsfrage verbundenen Finanzschwierigkeiten, nicht die Auslandskreditdrosselung durch Herrn Dr. Schacht, sondern - die wirtschaftsfriedlichen deutschnationalen gelben Werkvereine haben das Rätsel gelöst - die Gewerkschaften! "Je stärker die Gewerkschaften, je grösser die Arbeitslosigkeit". So die "Deutsche Werkgemeinschaft" in ihrer Nr. 2 Jahrgang 1930.

Wir wollen auf diesen Unsinn nicht näher eingehen. Der Mensch muss sich auch was versagen können. Als Antwort genügt uns ein Hinweis auf einen Vortrag von Dr. Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Universität, der soeben in der neuesten Nummer der "Sozialen Praxis" veröffentlicht wird. Jastrow behandelt darin die Grundgedanken der staatlichen Arbeitsmarktpolitik. Er erklärt, immer wieder werde gesagt: "Seht doch auf das Heer von Arbeitslosen! Könnt ihr dann noch behaupten, dass etwas erreicht sei?" Bei diesem Einwand werde übersehen, dass man es auf dem Arbeitsmarkt mit einer Ware zu tun habe, die kostbarer sei als jede andere. Selbst wenn man annehme, dass mit Hilfe der Arbeitsnachweise es noch nicht gelungen sei, im Interesse der Ausbalancierung etwas zu leisten, dann bleibe doch bestehen, dass heute der Arbeitslose nicht mehr genötigt ist, durch Deutschland umherzuirren. Es sei schon viel, wenn dem Arbeitslosen gesagt werden könne: "Für dich gibt es keine Arbeit, Du brauchst nicht erst von Hinterpommern nach Iserlohn zu laufen, um zu hören, dass Du dort nicht gebraucht wirst". Es habe einen absoluten Wert, dass der Mensch vor dieser Demütigung bewahrt wird. Ein zweites sei die Berücksichtigung der Zeitverhältnisse: Kriegszeit, industrielle Umstellung, abgeschnittene Exportbetätigung, zerrütteter Geld- und Kapitalmarkt und Rationalisierung. Ein bis anderthalb Jahrzehnte seien für eine so gewaltige Umstellung an sich zu kurz. Dazu komme die Beschwerung der Volkswirtschaft mit Tributen. Der Überschuss an Arbeitslosen, der auf Kriegs- und Umstellungskrisis entfalle, sei bis auf vielleicht 3/4 Million heruntergebracht worden - sicherlich kein Resultat, das zum Ausruhen berechtige, aber auch kein Resultat, das berechtige, zu sagen, alle Reformarbeit sei vergeblich gewesen.

"Die Wirkungen früherer Kriege, schliesst Jastrow seine Betrachtungen, waren auch gross, aber die Arbeitslosen irrten über Felder und durch Wälder und verbargen sich auf den Landstrassen scheu vor den Gendarmen. In all diesen Dingen müssen wir bedenken, dass wir auf dem Wege zu einem grossen Neubau unseres Staatswesens begriffen sind. Zu dem Staatswesen, das wir bauen wollen, sind nur erst die Fundamente gelegt. Wenn eines Tages der Bau des neuen Staats wirklich vollendet sein, wenn an dem neuen Bau das Richtfest gefeiert werden wird, dann wird man der Einrichtung des Arbeitsnachweises, der zuerst so verachtet war und sich so schwer durchsetzen musste, aufs neue gedenken, und der Richtspruch wird lauten: "Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Eckstein geworden." -

Professor Jastrow bescheinigt damit den Gewerkschaften, den Baumeistern des Arbeitslosenschutzes, dass ihre Arbeit eine unvergängliche, geschichtliche Ruhmestat ist.

SPD. Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheit hat die Beratung des Entwurfs für ein Berufsausbildungsgesetz begonnen. Angesichts der Haltung der Zünftler gegenüber dem Entwurf ist kaum mit einem glatten Verhandlungsgang zu rechnen. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn infolgedessen die Lösung der Berufsausbildungsfrage eine neue Verschleppung erfahren würde.

Das ganze Kapitel des Jugendschutzes, zu dem auch die Berufsausbildung gehört, sollte endlich einmal energisch angepackt werden. Seine Neugestaltung kann nicht noch auf Jahre hinaus verschoben werden. Niemand weiss z.B., wann das Arbeitsschutzgesetz im Reichstag erledigt wird. Bis zu seiner Verabschiedung wird sicherlich noch viel Wasser zum Meer fliessen. Kann man unter diesen Umständen mit der Neuregelung des Jugendschutzes bis zur Erledigung der Arbeitsschutzgesetzvorlage warten? Unmöglich. Eine Herausnahme des Jugendschutzkapitels aus dem Arbeitsschutzgesetz wäre deshalb sehr angebracht; es muss vorwäg erledigt werden. Das Notwendige zuerst.

SPD. Durch verschiedene Blätter geht die Meldung, dass der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sassenbach, sein Amt niederlegen werde. Diese Meldung besagt nichts Neues. Sassenbach, der 64 Jahre alt ist, beabsichtigt schon seit längerer Zeit, von seinem Posten zurückzutreten. Der IGB hat jetzt in Form einer Rundfrage die Landeszentralen aufgefordert, in Bezug auf den Nachfolger Sassenbachs Vorschläge zu machen. Bis jetzt sind noch keine Namen genannt worden. Sassenbach ist nicht leicht zu ersetzen.

SPD. Im Völkerbundssekretariat wird zur Zeit durch eine besondere Kommission, der von deutscher Seite Graf Bernsdorf angehört, die Beamtenpolitik der Völkerbundsinstitutionen nachgeprüft. Es hat sich herausgestellt, dass die hohe Bürokratie der Genfer Institutionen sich gegen das Eindringen neuer Arbeitskräfte abkapseln will. Ihre Absicht kommt in einem Vorschlag zum Ausdruck, wonach z.B. beim Wechsel der Stellung des Generalsekretärs oder des Direktors des Arbeitsamtes ohne weiteres die nächstfolgenden Amtskräfte nachrücken sollten; nur in den untersten Stufen will die Bürokratie neue Leute zulassen. Demgegenüber fordern die Politiker der Kommission, dass die besonderen Aufgaben der internationalen Institution es dringend erheischen, so viel wie möglich frisches Blut den Aemtern zuzuführen. Es sei verfehlt, eine in sich abgekapselte, dem politischen Leben entfremdete Bürokratie zu schaffen. - Die Differenzen sollen in der nächsten Tagung der Kommission gegen Ende des Frühjahrs durch positive Vorschläge für die Genfer Beamtenpolitik beseitigt werden.

Wirtschaft Technik Handel

Der neue Eisenpakt.

(Straffe Zusammenfassung - Exportregulierung - Mindestpreise.)

SPD. Das internationale Eisenkartell hat in der letzten Zeit eine grundsätzliche Reorganisation und damit eine neue Festigung erfahren. Voran ging eine Reorganisation in der Eisenwirtschaft der beteiligten Länder.

So wurden die deutschen Eisenverbände auf 10 Jahre verlängert und die letzten Aussenseiter - es erhebt sich hier die Frage, woher die immer über mangelnde Kapitalsbildung klagende Schwerindustrie Millionen dafür hernahm - aufgekauft. Das dürfte der deutschen Eisenindustrie zumindest 60 Millionen Mark gekostet haben. In Frankreich hat die Kartellierung der Eisenindustrie weiter Fortschritte gemacht und auch in Belgien ist es, trotz der starken Zersplitterung und Interessenverschiedenheit der zahlreichen kleineren Werke, zur Gründung eines Rohstahlkartells gekommen. Der Kartellgedanke, von Deutschland ausgehend, hat überraschende Fortschritte gemacht. Das kam dem internationalen Eisenpakt zugute.

Dieser Eisenpakt, Internationale Rohstahlgemeinschaft genannt, war bisher ein reines Kontingentierungskartell. Er sah für die einzelnen ihm angeschlossenen Ländergruppen Gesamtquoten vor. Wurden diese Quoten überschritten, dann war eine Strafe zu zahlen. Die Konstruktion des internationalen Eisenpakts zielte also darauf hin, durch Zusammenschluss der wichtigsten Eisenerzeugerländer und durch eine Regulierung der Erzeugung die Weltmarktpreise für Eisen und Stahl in die Höhe zu treiben. Dabei kam es besonders auf eine Verbesserung der Exportpreise an. Das Ziel ist nicht ganz erreicht worden. Nach einer vorübergehenden Steigerung der Weltmarktpreise ist seit Frühjahr 1929 wieder eine Abschwächung eingetreten. Die Exportpreise werden für die deutsche und teilweise auch für die französische Eisenindustrie als unzureichend bezeichnet. Behauptet wird weiter, dass nur die belgischen Werke bei den gegenwärtigen Exportpreisen ihr Auskommen finden. Nun hat sich die deutsche Industrie dadurch entschädigt, dass sie mit Hilfe des hohen Eisenzolls die Inlandseisenpreise sehr hoch hielt, im kleineren Masstab haben das ja auch die Franzosen nachgemacht. Alles das ist keine Regelung und so tauchte der Gedanke auf, das Angebot auf den Weltmärkten zu regulieren. Das will man mit Verkaufsverbänden, sogenannten Exportsyndikaten erreichen. Man will die Konkurrenz auf den Auslandsmärkten durch ein reguliertes Angebot und durch eine bestimmte Preisstellung unterbinden.

Über die Notwendigkeit, Exportsyndikate zu errichten, sind sich die beteiligten Eisenwirtschaften einig. Jedoch sind die Exportsyndikate in der geplanten Form bisher noch nicht zustande gekommen. Schwierigkeiten bieten die Quotenansprüche. Man hat sich deshalb mit einer provisorischen Regelung begnügt. Diese geht dahin, dass die Gesamtquote in eine Inlands- und Exportquote aufgeteilt wird. Bei der Aufteilung geht man von den Ausfuhrmengen im Jahre 1928 und 1929 aus. Bei einer Abnahme des Inlandsabsatzes wird den beteiligten Ländern zugestanden, die Exportmenge um die Hälfte des Rückganges zu erhöhen; bei einer Steigerung des Inlandsabsatzes tritt selbstverständlich eine entsprechende Einschränkung ein. Den Ausgleich zwischen den Exporten der einzelnen Länder übernimmt eine Exportverteilungsstelle. Dieser müssen sämtliche Exportaufträge gemeldet werden. So kann diese durch Steigerung des Inlandsabsatzes freiwerdende

Exportaufträge einem anderen Lande zuweisen. Das bedeutet Beschäftigungsausgleich bester Art und ist zweifellos von grundsätzlicher Wichtigkeit. Der Verkauf nach dem Auslande erfolgt also wie bisher durch die nationalen Syndikate bzw. Werkshandelsgesellschaften. Er wird nur kontingentiert und durch die Verteilungsstelle mengenmässig reguliert. Diese Regelung umfasst Halbzeug, Träger, Stabeisen, Grobbleche und voraussichtlich auch Bandeisen, also alle sogenannten A-Produkte. Für die sonstige Grosseisenerzeugung bestehen ja schon zumeist internationale Verkaufssyndikate. Das gilt für Schienen, Röhren, Walzdraht usw. Eine freie Auslandskonkurrenz gibt es eigentlich nur noch für Nickel und Feinbleche; wer weiss aber, wie lange diese freie Konkurrenz noch dauern wird.

Die oben geschilderte Regelung wird durch Preisabreden ergänzt. Für die wichtigsten Eisenhandelsprodukte sind zunächst in privater Vereinbarung Mindestpreise festgelegt worden, die voraussichtlich später vertraglich verankert werden. Durch diesen Ausbau der Rohstahlgemeinschaft wird die Konkurrenz unter den beteiligten Eisenwirtschaften ausgeschaltet. Die Inlandsmärkte sind ja bereits seit langem durch Zölle, Marktschutzabkommen und Kontingentsvereinbarungen vor Preisunterbietungen geschützt. Die jetzige Preis- und Mengenregelung für den Export ist der erste Schritt zur Beherrschung der Auslandsmärkte. Die grossen europäischen Eisenbörsen - sie befinden sich vorzugsweise in Belgien, wo die grossen Auslandsgeschäfte getätigt werden und wo sich bisher die Weltmarktpreise bildeten - werden als Warenbörsen ihre Bedeutung verlieren. Sie werden, wieso viele anderen Märkte, als Faktor aus der Preisbildung ausgeschaltet. Die Preisbildung übernimmt das Kartell. Unnötig die Bemerkung, wie wichtig und notwendig es ist, dass die Völker bzw. die Gewerkschaften Einfluss auf die internationalen Kartelle gewinnen. Man möchte diesen Einfluss als die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsinternationale bezeichnen.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat eine Reihe von Massnahmen getroffen, um den Absatz von inländischen Eiern und inländischem Geflügel zu fördern. Vor allem soll vorerst Berlin, der Hauptabsatzmarkt in Deutschland, besonders stark bearbeitet werden.

Die Zahl der Hühner hat sich in Deutschland von rund 64 Millionen Stück vor dem Kriege auf 76 Millionen vermehrt. Die Geflügelhaltung liegt (bis zu 4/5) in Händen von kleineren Bauern und Landwirten. Sie erzeugen Ware im Wert von 1 Milliarde Mark. Trotzdem werden noch immer 1/3 aller in Deutschland verbrauchten Eier aus dem Ausland eingeführt. Der Wert der nach Deutschland eingeführten Geflügelhaltungsprodukte macht gegenwärtig etwa 400 Millionen Mark pro Jahr aus. Dabei muss man mit einer weiteren Steigerung des Eierverbrauchs in Deutschland rechnen. In Deutschland werden gegenwärtig pro Kopf etwa 120 Eier verbraucht gegenüber 200 Eiern in Amerika. Von den nach Deutschland eingeführten ausländischen Eiern ist nur ein Teil Qualitätsware. Die meisten Eier stammen aus billigproduzierenden Ländern (Russland, China usw.), und sind nicht als Qualitätsware anzusprechen.

Die grosse Eiereinfuhr nach Deutschland erklärt sich daraus, dass Deutschland bisher weder genug noch hinreichend gut produzierte. Man kann also eine Verminderung der Einfuhr nur durch Vermehrung und Verbesserung der deutschen Eiererzeugung erreichen. Das ist ein Problem der Rassen, der Leistungszucht, der Vereinheitlichung und der Erfassung und Verwertung des Angebots. Im landwirtschaftlichen Notprogramm sind 1 Million Mark für die Verbesserung der Produktion und weitere 3 Millionen Mark für die Ausgestaltung des Absatzwesens eingesetzt worden. Bisher hat man diesen Dingen in Deutschland kaum Beachtung geschenkt. Nun ist die organisatorische Zusammenfassung von Produktion und Absatz in 17 Zentralgenossenschaften durchgeführt worden.

Dem Absatz des deutschen Frischeis hat vor allem geschadet, dass der Frischeistempel für minderwertige Ware verwendet wurde. Man wird in Zukunft

den Stempel verbessern, so dass seine Nachahmung so gut wie ausgeschlossen sein dürfte. Der neue Stempel wird an jeder Kiste und auch an jedem Ei angebracht. Die Einführung des deutschen Qualitätseis wird dadurch erleichtert, dass die Lage des Eiermarktes gegenwärtig von qualitativ minderwertigen Kühlhauseiern beherrscht wird. Die Geschäfte in Berlin, die mit deutschen Frischeiern versorgt werden, erhalten entsprechendes Propagandamaterial, das in Schaufenstern gezeigt werden soll. In Fachkreisen verspricht man sich davon eine erhebliche Umsatzsteigerung.

SPD. Der Mitgliederbestand der Konsumgenossenschaft Berlin erhöhte sich im Monat Januar um 4318 Mitglieder auf 197 194. Das ist der grösste Zugang, den die Konsumgenossenschaft in ihrer 30-jährigen Entwicklung verzeichnen kann. Wir führen diesen Erfolg, der sich auch anderweitig beobachten lässt, auf die überhöhten Profitquoten der privaten Händler zurück. Das ist der beste Protest der Verbraucher gegen die Wucherpreise und der Erfolg der Konsumvereine wird sich steigern, je mehr sich die Konsumvereine wieder als Preisregulatoren auswirken.

Der Gesamtumsatz machte bei der Berliner Konsumgenossenschaft im Monat Januar 6,38 Millionen Mark aus; gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1928 bedeutet das eine Erhöhung um 19 %. Die Sparkasseneinlagen, die im Monat Dezember 1929 unter Einfluss des Weihnachtsfestes um 81 000 zurückgegangen waren, erhöhten sich im Januar um 1,21 Millionen Mark. Damit beträgt der Einlagebestand 42,689 Millionen Mark.

SPD. Die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Unternehmen erzielten für das Jahr 1928/29 (vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929) einen Gesamtumsatz (Erlös aus eigener Verteilung) von 1176,3 Millionen Mark gegenüber 1046 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1927/28 und 881 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1926/27. An dem Gesamtumsatz sind die Revisionsverbände wie folgt beteiligt: Bayern mit 70 Millionen Mark (1927/28 = 61,2 und 1926/27 = 52,7 Millionen), Mitteldeutschland mit 94,8 Millionen (86,1 bzw. 72,2 Mill.), Nordwestdeutschland mit 202,5 Millionen (181,1 bzw. 154 Millionen), Ostdeutschland mit 121,6 Millionen (95,6 bzw. 78,3 Millionen), Rheinland-Westfalen mit 153,9 Millionen (138,2 bzw. 116,5 Millionen), Sachsen mit 209,9 Millionen (187,3 bzw. 148,7 Millionen), Schlesien mit 67,9 Millionen (61,2 bzw. 50,9 Millionen), Südwestdeutschland mit 97,1 Millionen (88,9 bzw. 79,4 Millionen), Thüringen mit 88,2 Millionen (81,0 bzw. 67,5 Millionen) und Württemberg mit 70,1 Millionen (65,1 bzw. 60,3 Millionen Mark.) Sachsen konnte trotz seiner schlechteren Wirtschaftslage die Führung behaupten.

Im Gesamtverband macht die Umsatzsteigerung während des Jahres 1928/29 gegenüber dem Vorjahr 12,5 % aus. Hinsichtlich der Revisionsverbände ergibt sich eine Steigerung für Bayern von 14,4 % (im Vorjahr 16 %), für Mitteldeutschland von 10,2 (19,2 %), für Nordwestdeutschland von 11,8 % (17,6 %), für Ostdeutschland von 27,2 % (22 %), für Rheinland-Westfalen von 11,3 (18,6 %), für Sachsen von 12,1 % (23,2 %), für Schlesien von 10,9 % (20,1 %), für Südwestdeutschland von 9,2 % (11,9 %), für Thüringen von 8,8 % (20 %) und für Württemberg von 7,8 % (7,9 %).

Stetig, Weizen reichlich angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Februar 1930.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse vom Freitag verkehrte in stetiger Haltung. Im Märkte der Zeitgeschäfte zeigten die Notierungen bei der Eröffnung und im Verlaufe nur wenig Veränderungen. In effektiver Ware hielt das reichliche Angebot an Weizen weiter an, jedoch waren die Abgeber bestrebt, etwas höhere Preise zu erreichen. Da die Mühlen jedoch nur zu letzten Preisen kaufen wollten, kamen nur wenig Umsätze zustande. Auch Roggen war weiter reichlich angeboten und wurde zu unveränderten Preisen von den Stützungsstellen aufgenommen. Mehl blieb weiter leblos. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Auch Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend und bei leidlicher Kauflust waren verschiedentlich Abschlüsse zu verzeichnen.

	6. Februar	7. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	234 - 237	234 - 237
Roggen	157 - 163	157 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	138 - 147	138 - 147
Hafer	123 - 133	123 - 133
loco Mais Berlin	163 - 164	-
Weizenmehl	28,00 - 34,75	28,00 - 34,75
Roggenmehl	21,00 - 24,50	21,00 - 24,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	8,00 - 8,25	8,00 - 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 249-248 (Vortag 249), Mai 260 $\frac{1}{2}$ -259 $\frac{1}{2}$ und Brief (260 $\frac{1}{2}$), Juli 269 $\frac{1}{2}$ (270). Roggen März 171 $\frac{1}{4}$ -171-171 $\frac{1}{4}$ (171), Mai 179 $\frac{1}{2}$ -178 $\frac{1}{2}$ (179), Juli 183-181 $\frac{1}{2}$ (181), Hafer März 138-137 (138), Mai 144 $\frac{1}{2}$ (145).

Berliner Viehmarkt.

(7. Februar.)

SPD. Der Schweinemarkt war gegenüber dem Vormarkt weit geringer beschickt und zwar entfällt die geringere Beschickung wohl durchweg auf die inländischen Produzenten. Das Geschäft entwickelte sich glatt bei anziehenden Preisen. Auch auf dem Rindermarkt gab es glattes Geschäft. Von Verkäuferseite wurde eine bessere Beschickung gewünscht. Der Handel auf dem Kälbermarkt war ruhig. Mittlere Mast- und Saugkälber sowie geringe Kälber zogen im Preise an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-46 (voriger Markt 41-45), b) 32-40 (31-40), c) 26-30 (26-29), d) 20-25 (20-24), Kälber: a) -, b) 72-81 (73-83), c) 60-74 (60-72), d) 46-48 (45-57). Schweine: a) (über 300 Pfd.) 70 (78-79), b) (240-300 Pfd.) 80 (78-80), c) (200-240 Pfd.) 79-80 (78-80), d) (160-200 Pfd.) 77-79 (76-78); e) (120-160 Pfd.) 74-76 (74-75), f) (unter 120 Pfd.) -, g) (Sauen) 70 (68).

den Stempel verbessern, so dass seine Nachahmung so gut wie ausgeschlossen sein dürfte. Der neue Stempel wird an jeder Kiste und auch an jedem Ei angebracht. Die Einführung des deutschen Qualitätseis wird dadurch erleichtert, dass die Lage des Eiermarktes gegenwärtig von qualitativ minderwertigen Kühlhauseiern beherrscht wird. Die Geschäfte in Berlin, die mit deutschen Frischeiern versorgt werden, erhalten entsprechendes Propagandamaterial, das in Schaufenstern gezeigt werden soll. In Fachkreisen verspricht man sich davon eine erhebliche Umsatzsteigerung.

SPD. Der Mitgliederbestand der Konsumgenossenschaft Berlin erhöhte sich im Monat Januar um 4318 Mitglieder auf 197 194. Das ist der grösste Zugang, den die Konsumgenossenschaft in ihrer 30-jährigen Entwicklung verzeichnen kann. Wir führen diesen Erfolg, der sich auch anderweitig beobachten lässt, auf die überhöhten Profitquoten der privaten Händler zurück. Das ist der beste Protest der Verbraucher gegen die Wucherpreise und der Erfolg der Konsumvereine wird sich steigern, je mehr sich die Konsumvereine wieder als Preisregulatoren auswirken.

Der Gesamtumsatz machte bei der Berliner Konsumgenossenschaft im Monat Januar 6,38 Millionen Mark aus; gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1928 bedeutet das eine Erhöhung um 19 %. Die Sparkasseneinlagen, die im Monat Dezember 1929 unter Einfluss des Weihnachtsfestes um 81 000 zurückgegangen waren, erhöhten sich im Januar um 1,21 Millionen Mark. Damit beträgt der Einlagebestand 42,689 Millionen Mark.

SPD. Die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Unternehmen erzielten für das Jahr 1928/29 (vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929) einen Gesamtumsatz (Erlös aus eigener Verteilung) von 1176,3 Millionen Mark gegenüber 1046 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1927/28 und 881 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1926/27. An dem Gesamtumsatz sind die Revisionsverbände wie folgt beteiligt: Bayern mit 70 Millionen Mark (1927/28 = 61,2 und 1926/27 = 52,7 Millionen), Mitteldeutschland mit 94,8 Millionen (86,1 bzw. 72,2 Mill.), Nordwestdeutschland mit 202,5 Millionen (181,1 bzw. 154 Millionen), Ostdeutschland mit 121,6 Millionen (95,6 bzw. 78,3 Millionen), Rheinland-Westfalen mit 153,9 Millionen (138,2 bzw. 116,5 Millionen), Sachsen mit 209,9 Millionen (187,3 bzw. 148,7 Millionen), Schlesien mit 67,9 Millionen (61,2 bzw. 50,9 Millionen), Südwestdeutschland mit 97,1 Millionen (88,9 bzw. 79,4 Millionen), Thüringen mit 88,2 Millionen (81,0 bzw. 67,5 Millionen) und Württemberg mit 70,1 Millionen (65,1 bzw. 60,3 Millionen Mark.) Sachsen konnte trotz seiner schlechteren Wirtschaftslage die Führung behaupten.

Im Gesamtverband macht die Umsatzsteigerung während des Jahres 1928/29 gegenüber dem Vorjahr 12,5 % aus. Hinsichtlich der Revisionsverbände ergibt sich eine Steigerung für Bayern von 14,4 % (im Vorjahr 16 %), für Mitteldeutschland von 10,2 (19,2%), für Nordwestdeutschland von 11,8 % (17,6%), für Ostdeutschland von 27,2 % (22 %), für Rheinland-Westfalen von 11,3 (18,6 %), für Sachsen von 12,1 % (23,2 %), für Schlesien von 10,9 % (20,1 %), für Südwestdeutschland von 9,2 % (11,9 %), für Thüringen von 8,8 % (20 %) und für Württemberg von 7,8 % (7,9 %).

Stetig, Weizen reichlich angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Februar 1930.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse vom Freitag verkehrte in stetiger Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten die Notierungen bei der Eröffnung und im Verlaufe nur wenig Veränderungen. In effektiver Ware hielt das reichliche Angebot an Weizen weiter an, jedoch waren die Abgeber bestrebt, etwas höhere Preise zu erreichen. Da die Mühlen jedoch nur zu letzten Preisen kaufen wollten, kamen nur wenig Umsätze zustande. Auch Roggen war weiter reichlich angeboten und wurde zu unveränderten Preisen von den Stützungsstellen aufgenommen. Mehl blieb weiter leblos. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Auch Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war ausreichend und bei leidlicher Kauflust waren verschiedentlich Abschlüsse zu verzeichnen.

	6. Februar	7. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	234 - 237	234 - 237
Roggen	157 - 163	157 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	138 - 147	138 - 147
Hafer	123 - 133	123 - 133
loco Mais Berlin	163 - 164	-
Weizenmehl	28,00 - 34,75	28,00 - 34,75
Roggenmehl	21,00 - 24,50	21,00 - 24,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	8,00 - 8,25	8,00 - 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 249-248 (Vortag 249), Mai 260 $\frac{1}{2}$ -259 $\frac{1}{2}$ und Brief (260 $\frac{1}{2}$), Juli 269 $\frac{1}{2}$ (270). Roggen März 171 $\frac{1}{2}$ -171-171 $\frac{1}{4}$ (171), Mai 179 $\frac{1}{2}$ -178 $\frac{1}{2}$ (179), Juli 183-181 $\frac{1}{2}$ (181), Hafer März 138-137 (138), Mai 144 $\frac{1}{2}$ (145).

Berliner Viehmarkt.

(7. Februar.)

SPD. Der Schweinemarkt war gegenüber dem Vormarkt weit geringer beschickt und zwar entfällt die geringere Beschickung wohl durchweg auf die inländischen Produzenten. Das Geschäft entwickelte sich glatt bei anziehenden Preisen. Auch auf dem Rindermarkt gab es glattes Geschäft. Von Verkäuferseite wurde eine bessere Beschickung gewünscht. Der Handel auf dem Kälbermarkt war ruhig. Mittlere Mast- und Saugkälber sowie geringe Kälber zogen im Preise an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-46 (voriger Markt 41-45), b) 32-40 (31-40), c) 26-30 (26-29), d) 20-25 (20-24), Kälber: a) -, b) 72-81 (73-83), c) 60-74 (60-72), d) 46-48 (45-57). Schweine: a) (über 300 Pfund) 70 (78-79), b) (240-300 Pfd.) 80 (78-80), c) (200-240 Pfd.) 79-80 (78-80), d) (160-200 Pfd.) 77-79 (76-78); e) (120-160 Pfd.) 74-76 (74-75), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 70 (68).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 7. Februar 1930.

Das Findelhaus^x der Post.

SPD. Auch Postpakete haben ihre Schicksale. Einmal auf die Fahrt gebracht, sind sie allen Tücken des Zufalls ausgeliefert und gelangen nur dann richtig zu ihren Bestimmungsort, wenn sie sorgsam adressiert wurden. Die Post plagt sich jährlich mit Tausenden von Paketen herum, von denen sich weder der Absender noch der Empfänger ermitteln lässt. Schliesslich, wenn die bekannte "Findigkeit der Post" erschöpft ist, werden sie auf dem Absenderpostamt geöffnet, um vielleicht aus dem Inhalt, aus einliegenden Briefzeilen u.ä. einen Anhaltspunkt zu gewinnen, wem das Paket gehören mag. Auf einem Aushang im Empfänger- und Absenderpostamt wird dann der Inhalt nochmals bekannt gegeben. Meldet sich der Eigentümer dann auch noch nicht, so gelangen sie nach einer gewissen Frist in ein Paketamt der Oberpostdirektion, wo die Pakete öffentlich versteigert werden.

In dem grossen Findelhause der Postdirektion sammeln sich die unbestellbaren Postsendungen in grossen Postsäcken, in Kartons und in losen Haufen, die bis an die Decke des Saales reichen. Einige Beamte haben tagelang zu tun, um die Sachen in Listen aufzuführen. Auch das Versteigern und spätere Verrechnen braucht geraume Zeit. Die Post will aus dem Erlös der versteigerten Sachen ihre Unkosten decken; verbleibt darüber noch ein Restbetrag, so wird er dem nachträglich sich etwa noch meldenden Eigentümer ausgehändigt. Hier ist ein richtiges Warenhaus von allen möglichen Dingen, brauchbaren und unnützen, für die alle ein Käufer gefunden werden soll und meistens auch gefunden wird. Ja, um den Versteigerungsbetrieb nicht aufzuhalten, sind die berufsmässigen Händler immer bereit, einige unnütze Dinge mitzuerwerben, nur damit es vorwärts geht. Das Publikum besteht aus kleinen Händlern, Gelegenheitsmachern, Schacherhänden, die blitzartig bei jedem Gegenstand überlegen, wie man ihn am besten wieder an den Mann bringen kann. Nur wenige Privatkäufer sind gekommen; wie sollten sie auch wissen, dass bei der Post etwas zu "erben" ist. So sind die meisten Sachen auch nur Groschenwerte. Man schiebt und drängt sich an den Tisch heran; die Händler sind die ganz Schlaunen, die den Tisch dicht belagern, damit die dahinter Stehenden die Sachen gar nicht zu Gesicht bekommen. Der Vorsteher hat seine Mühe, das Publikum im Zaum zu halten. Manchmal gelingt es ihm nur mit der fürchterlichen Drohung, den ganzen Saal räumen zu lassen, wenn die Leute keine Ruhe geben wollen. Doch der unverwüsthliche Humor der kleinen Leute ist der beste Anreiz zum Kaufen. Eine Kiste Zigarren wird ausboten. "Na, Herr Postrat, lassen Sie uns doch erst mal eine von den feinen "Stinkadori" probieren; wir wollen doch nicht die Katze im Sacke kaufen!" Nun fächeln sie sich kennerisch den Rauch zu, und ein Arbeitsloser drängt sich heran: "Lass mir doch mal lutschen!"

Unbarmherzig zerren die Hilfsbeamten den Inhalt aus den Umhüllungen und sortieren ihn. Vorerst sind es die kleinen Sachen, die man in den Briefpäckchen fand, eine Musterkarte sämtlicher Waren des In- und Auslandes. Mit einem Büschchen französischen Puders beginnt es, und die alten Händlerfrauen sind ganz närrisch danach. "Du solltest Dir lieber eene Bartbürschte koopen statt Puder!" sagt ein Händler gutmütig zu der Alten, die den Fleck gekauft hat. Alles lacht. Kleiderbügel, Gesundheitstees, Zigarettenspitzen, Bananenbrot, das

gleich an Ort und Stelle verzehrt wird, eine Injektionsspritze, ein doppeltes Bruchband, Asthmazigaretten und andere mysteriöse, ominöse undefinierbare Dinge kommen zum Vorschein. Sachen, die nicht das Nachhausetragen wert sind, finden doch ihre Liebhaber. Man wundert sich, wie lose den Leuten das Geld in der Tasche sitzt, das doch so schwer verdient werden muss. Selbst eine einzelne Stahllachse für einen Kinderwagen und ein Paket Klebefalze für Briefmarkensammler finden ihren Käufer. Es ist, als ob noch ein unsichtbares Fluidum an den Gegenständen haftete, das sie so begehrt macht, etwas von der Liebe und der Hoffnung, mit der sie von den Absendern eingepackt wurden.

In einem schönen Bande des Inselverlags, den ein Käufer für 1.10 Mark ersteht, ist auf der ersten Seite ein Ausspruch Buddhas geschrieben. Eine Laute wird für 11 Mark von einem Musikfreund ersteigert, der in seiner Freude gleich ein Liedchen zum besten gibt. Säcke mit Federn, Anzüge, Mäntel, Damengarderobe sind begehrte Dinge, auf die sich die Althändler stürzen.

Viele Versteigerungsobjekte zählen nicht unter die "Unauffindbaren"; im Gegenteil sind Absender und Empfänger richtig vermerkt. Aber sie rühren von sogenannten "faulen Kunden" her, bei denen die Post das Nachsehen hat. Da hat ein ganz schlauer Geschäftsmann kurz vor seiner Pleite noch etwa 50 Kisten "Elektrikultivatoren" auf die Reise geschickt und jede Sendung mit 30 Mark belastet. Keiner Empfänger hat sie eingelöst. Die sonderbare Erfindung, die wie ein Strohisch aus Eisen aussieht, soll die Elektrizität aus der Luft saugen und an die Wurzeln der Bäume weiterleiten, worauf sich dann das berühmte Wachstum einstellt - oder nicht. Als man die Kisten dem Absender wieder zustellen wollte, war dieser mittlerweile verduftet. So weist eine ganze Reihe von Versteigerungssachen auf das unlautere Geschäftsgebahren vieler Fabrikanten hin, unbestellte Waren als Nachnahme fremden Menschen ins Haus zu senden. Doch bei den Versteigerungen auch viele Sachen aus Pfändungen, die für rückständige Telefongebühren einbehalten wurden. Wenn man am Schlusse der Auktion Plus und Minus abwägen würde, man könnte darauf wetten, dass die Post nicht nennenswert auf ihre Kosten gekommen ist.

Friedrich Natteroth.

Ausverkauf der K.P.D.

Nun mal ran an den Speck,
Die kapitalistische Meute!
Wer gut zahlt, hat sie weg,
Die Druckerei'n und Gebäude.

Herbei, Kapital, wir benötigen Kasse!
Auch das Personal gehört mit zu Masse.

Was heisst hier Prolet?
Wir verscherbeln, verkloppen,
Was liegt, und was steht.
Da gibt es kein Stoppen.

Wir sind gern auch dabei:
Auf Raten vermieten,
Wir die ganze Partei.
Wieviel können Sie bieten?

Jodock.

Montags im Morgengrauen.

SPD. Ein paar Autos fahren die Strasse entlang.

Drei Gestalten kommen daher, mitten auf dem Fahrdamm. Zornig tuten ihnen die Autos entgegen. Lachend flüchten die drei im letzten Augenblick hinüber auf den Bürgersteig. Die Strasse hallt wider von ihrem Gespräch.

An der Ecke müssen sie Halt machen. Etwas liegt auf der Strasse, etwas Schwarzes, Zusammengerolltes. Ein Mensch, der wohl schläft. Die drei beugen sich über ihn und schauen ihn an.

"Betrunken", sagt der eine der Männer.

"Er blutet aber an der Hand. Er hat irgendwo etwas abgekriegt", meint der andere und nickt vor sich hin.

Die Frau, die bei den Männern ist, steht still dabei. Einmal versuchen die Männer, den Liegenden leicht in die Höhe zu ziehen - dann lassen sie ihn wieder träge fallen. "Geht nicht", sagen sie und zucken die Achseln.

Ein Weilchen stehen sie noch stumm und ein wenig hilflos vor dem Menschen am Boden. Dann schaut einer von ihnen zum grauen Morgenhimmel empor und fröstelt leicht. Die Frau schaut sich um. Schaut die Strasse hinunter, auf der ein paar Menschen schon im Arbeitskleide daherkommen, hört, wie die Schritte geschäftig und nüchtern hallen in der Strasse, sieht hier ein Fenster aufgehen und dort ein Licht gegen das Dämmern kämpfen - schaut auch an ihrem leichten Seidenkleide hinab und hat plötzlich einen bitteren Geschmack auf der Zunge. Jazzmusik trommelt ihr noch im Ohr; heisse, vertanzte Gesichter tauchen vor ihr auf das Lokal ist wieder vor ihr; Tische, beladen mit Flaschen; Hände, überladen mit Ringen; flitzende Kellner; die armselige Tänzerin droben auf dem Podium; der verkommene Sänger; müde Geigergesichter, eingespannt in Charlestonrhythmus

Und dort liegt der Mann auf der Erde, verkommen, zerrissen, verhungert vielleicht - vielleicht auch nur betrunken. Wer weiss?

Sie zieht die Stirn kraus, schauert ein wenig im leichten Mantel und zieht die Beiden hastig hinweg von dem Liegenden.

Arm in Arm gehen sie die Strasse weiter hinab. Keiner schaut sich um, keiner denkt mehr ans Helfen. An der nächsten Ecke wirft der eine seinen Hut in die Luft und stimmt ein Lied an. Irgendein dummes, albernes Lied. Heiser setzt der andere mit ein; ihre Stimmen flattern die Strasse hinauf und hinunter und betteln um Lustigkeit. Die Häuser aber, der Zerlumppte am Boden und die flackernden Laternen wissen nichts davon. Grau und verwundert schaut auch der Morgen hinter ihnen drein, den drei Grosstadtkindern.....

JoP.

SPD. Jubiläum des Todes.^x In diesem Winter begeht die Insel Island ein merkwürdiges Jubiläum; es ist genau hundert Jahre her, seitdem es dort keine Amphibien mehr gibt. Die Gegenden nördlich vom Polarkreise sind natürlich an sich schon arm an Reptilien und Amphibien, genau wie das Hochgebirge. In Europa beispielsweise überschreiten nur zwei Reptilien- und zwei Froscharten den Polarkreis; die Bergeidechse, die Kreuzotter, der Grasfrosch und der Moorfrosch. Dabei ist bemerkenswert, dass die Bergeidechse und die Kreuzotter zu den lebendigen Junge zur Welt bringenden Reptilien gehören. Eierlegende Reptilien würden in so kalten Gegenden für die Entwicklung der Eier nicht genug Wärme finden; während die lebendige Junge gebärenden Weibchen dem Sonnenschein überallhin folgen und so ihren noch ungeborenen Jungen die Sonnenwärme zugute kommen lassen können. Die arktischen Inseln sind jedoch, im Gegensatz zu den in gleichen Breiten liegenden Festlandsstrichen, der Reptilien und Amphibien bar, und nur Island machte eine Ausnahme, bis im Winter 1829/30 dort die ganze Amphibien- und Reptilienwelt auf einmal vernichtet wurde. Die abnorme Kälte jenes be-

rüchtigten Winters tötete sie - ein Beweis dafür; dass durch Naturkatastrophen ganze Arten auf einmal ausgerottet werden können.

SPD. Giftgas im Meerwasser.^X Von der Westküste Afrikas berichten amerikanische Blätter über ein plötzliches grosses Fischsterben in einzelnen grossen Buchten. Man hat die Schuld an diesen rätselhaften Vorgängen früher unterseeischen Erderschütterungen oder Vulkanausbrüchen zugeschrieben, von denen aber in diesem Falle nichts bemerkt worden war. Die biologische Wissenschaft hat jedoch derartige Erscheinungen, zumal wenn sie in mehr oder minder abgeschlossenen Meeresabschnitten auftreten, zu erklären vermocht, und zwar durch systematische Untersuchungen der einzelnen Wasserschichten. In solchen Meeresabschnitten nämlich, in denen an der Oberfläche ein sehr starkes Tierleben sich bemerkbar macht, ist durch die vielen Lebewesen der Verbrauch des im Wasser gelösten Sauerstoffes so gross, dass in den tieferen Lagen nicht mehr genug von dem Gas vorhanden ist, um den Schwefelwasserstoff am Meeresboden, der durch die Zersetzung der niedergesunkenen Tier- und Pflanzenleichen entsteht, unschädlich zu machen. So sammelt sich in der Tiefe Faulschwamm an, der das Bodenwasser mit dem Giftgas durchsetzt. Diese giftigen Tiefen sind natürlich fast ohne Leben, bis auf einige besonders angepasste Würmer, und Bakterienarten. Wenn nun starke Stürme, plötzliche, abnorme Strömungen oder vielleicht auch eine Erschütterung des Meeresbodens den Boden solcher Gewässer aufwühlen, so verbreitet sich der giftige Schwefelwasserstoff in den oberen Schichten und tötet dort die Tierwelt ab. Wiederholt haben an den Küsten von Kulturländern derartige Naturerscheinungen den ganzen Bestand der Austern- und sonstigen Muschelzucht vernichtet. In Norwegen und Italien ist dadurch schon schwerer wirtschaftlicher Schaden entstanden.

SPD. Die Spielhölle.^X "Sie war'n wohl ooch verreisd?"

"Ja, das war ich."

"Wo sind Sie'n da gewäsen?"

"Ueberall ä bisschn!"

"Na, wo denne da zum Beischbiel?"

"In Zoppot war ich ooch."

"In Zoppot? Werden Sie mal, Zoppot, is das nich der Ord, wo's -Ne Schbiel-helle gibd?"

"Ja, das is der."

"Da war'n Sie? Haben Sie'n da ooch geschbiel?"

"Freilich hab' ich da geschbiel."

"Un haben Sie da ooch was gewonnen?"

"Ausgeschlossen. Da gann geiner gewinnen! Da geh'ch nie widder hin."

"Warum denne?"

"Weil mer da noch nich mal gewinnen gann, wemmyr mogeld....."

SPD. Warum "Spiessbürger?"^X Nach einer Deutung volkskundlicher Forscher stammt das Wort "Spiessbürger" daher, dass im Mittelalter die Bürger, die in Kriegszeiten Dienst zu tun hatten, mit Spiessen, auch Piken genannt, bewaffnet waren, während die vornehmeren Ritter, die Vorläufer der neuzeitlichen Adligen, die ritterliche Waffe der Lanze führten. Die mit der Lanze Bewaffneten, die "Ritter", waren beritten, wie schon ihr Name sagt; die mit Piken Bewaffneten bildeten das Fussvolk. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts sollen die Piken stellenweise eine Länge von 6 m erreicht haben, also mehr als dreifache Mannshöhe.